KAIS.-WILH.-BIBL. POSEN.
1 8 MRZ. 1907

— Sechszehnter Jahrgang. —

Nr. 6.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

für die Zeit vom 1. bis 7. Februar 1907.

Posen, den 12. Februar 1907.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 29 des Lech, (Gnesen), vom 5. Februar 1907.

Bitte an unsere Abgeordneten im Landtage und im Herrenhause.

Die Landtagskommission nahm in einer ihrer letzten Sitzungen die nachstehenden unter Großherzogtum betreffenden Positionen an:

1. 2 250 000 Mark zur Disposition der Oberpräsidenten zu Zwecken der Stärkung und Unterstützung des Deutschtums;
2. 1 900 000 Mark als widerrufliche Stellenzulagen für mittlere und Unterbeamten des Großherzogtums und Westpreußen;
3. 150 000 Mark für höhere Beamten als Beihilfe zur Erziehung der Kinder.

Es geht uns darum, zu wissen, was unter den höheren Beamten zu verstehen ist, und wir bitten unsere Abgeordneten, sie möchten, sobald diese Position des Etats dem Landtage vorgelegt wird, anfragen, ob und wieviel von diesen 150 000 Mark an die Richter verteilt wird, insbesondere, ob und inwieweit die Vorsitzenden der Strafkammern berücksichtigt werden.

Wenn vom Ministertische aus die Angelegenheit nicht aufgeklärt und wenn die Antwort verweigert werden sollte, dann bitten wir die Abgeordneten des Herrenhauses, wie z. B. die Herren v. Koscielski, Kasimir v. Chlapowski, v. Moszczenski und den Grafen v. Skorzewski, im Herrenhause dasselbe zu wiederholen. Diese Sache ist viel zu wichtig, als daß wir sie, zumal wir doch unsere Vertreter im Abgeordnetenhause und im Herrenhause haben, in den beiden gesetzgebenden Körperschaften nicht berühren sollten.

Nach dem Artikel 86 der preußischen Verfassung wird die Gerichtsbarkeit durch unabhängige Richter ausgeführt. Wenn nun die Richter zu jenen höheren Beamten gehören sollten und wenn sie — was wir nicht annehmen — von jenen 150 000 Mark Beihilfen zur Erziehung ihrer Kinder erhalten sollten, dann könnte es vorkommen, daß ein Richter berücksichtigt, der andere übergangen wird. Es liegt ferner die Möglichkeit vor, daß der außer acht gelassene Richter tüchtiger in seinem Berufe sein kann, als derjenige, der aus dem genannten Fonds bedacht worden ist.

Es würde somit insofern eine Verletzung der Verfassung vorliegen, als die Gerichtsbarkeit das Gefühl der Unabhängigkeit verlieren könnte. Wir erwarten daher, daß die Regierung, welche die Hüterin der Konstitution ist und die Pflicht hat, sich um die Unverletzlichkeit ihrer Grundsätze zu bekümmern, Aufklärung darüber gibt, von welchen Rücksichten sie sich bei der Verteilung dieser Gelder leiten läßt und ob die Richter im allgemeinen Wohltaten daraus erfahren.

Wenn man in den preußischen gesetzgebenden Körperschaften die Antwort verweigern sollte, dann wird in diesem Falle das Schweigen vom Ministertische aus über alles bezeichnend sein. Dann aber fällt auf die Abgeordneten des Reichstages die Pflicht, die Sache dort zu berühren und sich im Reichstage um die Antwort auf die kurze und klare Frage zu bemühen, ob die Richter Beihilfen aus dem bekannten Fonds von 150 000 Mark erhalten. Wenn der Staatssekretär im Reichstage die Sache wird loswerden wollen durch die Ausflüchte, die Angelegenheit der antipolnischen Fonds gehöre in den Landtag, der Reichstag sei dazu nicht kompetent, dann wird es ein leichtes sein, ihn dahin zu belehren, daß diese Frage den Reichstag angehe; denn die deutsche Gerichtsverfassung umfaßt das ganze Deutsche Reich, und der § 7 dieser Verfassung besagt: (Es folgt der Wortlaut.)

So ist also nicht allein die preußische, sondern auch die deutsche Gesetzgebung gegen die Gewährung irgend welcher Unterstützungen an die Richter, und das aus wohl verständlichen Gründen. Ein Richter darf außer dem durch das Gesetz bestimmten Gehalte keine Nebeneinnahmen haben; das aber durch energisches Auftreten im Landtage, im Herrenhause und im Reichstage darzutun, ist Sache unserer nationalen Repräsentation.

Wir haben doch das Recht, zu erfahren und zu ergründen, was mit dem in Form von Abgaben von uns eingezogenen Gelde geschieht und bitten unsere Abgeordneten, diese Sache im Auge zu behalten und sie in allen drei gesetzgebenden Körperschaften zu berühren, und zwar im Landtage und Herrenhause bei der Etatsberatung und im Reichstage bei der Frage des Gehalts des Reichskanzlers, dessen Pflicht es ist, über die Vorschriften der deutschen Gerichtsverfassung zu wachen.

Aus Nr. 27 des Dziennik Poznański (Posen) vom 1. Februar 1907:

Rom, 31. Januar.

Die in den deutschen Blättern gebrachte Nachricht von der Teilung der Gnesen-Posener Diözese ist falsch.

Aus Nr. 24 des Lech (Gnesen)
vom 29. Januar 1907:

In Sachen der Besetzung des erzbischöflichen Stuhls in Posen teilt man aus Rom deutschen Blättern mit, der Vatikan werde mit keinem der aus den beiden Kapiteln in Vorschlag gebrachten Kandidaten einverstanden sein. Der Vatikan verurteile den Streik und ärgere sich über die Domherren, daß keiner von ihnen in gehöriger Weise gegen diese Bewegung aufgetreten sei. Rom aber wolle gegen Kaiser Wilhelm artig sein.

Auch wird mitgeteilt, daß unsere Diözesen geteilt werden sollen und daß der Erzbischof nicht den Titel eines Primas von Polen tragen solle.

Wir nehmen an, daß dies alles Faseleien jüdischer Weiberseelen sind, **obgleich wir schwerlich große Sympathien Roms für uns erblicken können.**

Aus Nr. 27 des Postęp (Posen)
vom 1. Februar 1907:

. . . Die Gerüchte, daß wir um den Preis des Schulstreiks vielleicht durch die Gnade der Regierung einen polnischen Erzbischof erhalten werden, wollen nicht verstummen. Man teilt uns mit, ein gewisser Propst im Kreise Schrimm, der zu den Wahlen nicht gegangen ist, gehe von Haus zu Haus, bedeute zum Zurücknehmen der deutschen Katechismen und sage, wir würden einen polnischen Erzbischof bekommen. Diesem Geistlichen ist jedoch absolut nichts an einem polnischen Erzbischof gelegen.

Aus Nr. 28 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 2. Februar 1907:

Die Kontrolle der Volksgesamtheit über die Politik der kirchlichen Behörden.

Unter dem Einfluß der Ereignisse der letzten Zeit hat unsere Volksgesamtheit in sich zwei Kardinaltugenden herausgebildet, welche sie früher nicht besaß: Ausdauer und Wachsamkeit. Heut unterstreichen wir speziell die zweite von ihnen, die Wachsamkeit.

Die Entwickelung der Tatsachen vollzieht sich in fieberhaftem Tempo; eine Hauptfrage jagt geradezu die andere in dem Bestreben, sich auf deren Kosten auf den ersten Plan zu setzen, und dennoch büßt die Volksgesamtheit das Gleichgewicht, den Orientierungssinn der die Gesamtgestalt der politischen Situation umfaßt, nicht ein, im Gegenteil, mit kritischem Blick prüft sie das, was war und ist, und mit vorsichtigem Denken reicht sie in das Gebiet des „Morgen" hin in und ist bestrebt, sich gewissenhaft auf die Überraschungen vorzubereiten, welche ihr dies „Morgen" bringen kann.

Unausgesetzt stehen wir noch im Feuer des Wahlkampfes; über der Presse und der Geistlichkeit zieht sich ein Unwetter von Prozessen zusammen; auf die widerspenstigen Eltern werden immer radikalere Strafen herabgesendet. Und zu alledem kommt noch das Bewußtsein, daß über unsere Häupter hinweg Berlin die Angelegenheit der Besetzung des erzbischöflichen Thrones erledigt, offenbar einzig von dem Gesichtspunkt des preußischen Staatsinteresses aus.

Dieses preußische Staatsinteresse heischt, daß auf dem Throne ein Würdenträger Platz nehme, den die Regierung im Kampfe gegen die polnische Gesamtheit wird geschickt als einen Schirm benutzen können, hinter welchem hervor sie planmäßig und bequem die Action des Ohnmächtigmachens der polnischen Opposition zu leiten beabsichtigt. Davon wissen wir alle wohl. Wir wissen auch aus Erfahrung, mit welchen Mitteln die Regierung operiert, um aus den Bischofsthronen in den polnischen Landesteilen Exposituren ihrer Germanisierungspolitik zu machen. Wir wissen endlich, daß das, was heut zur öffentlichen Kenntnis gelangt, und die öffentliche Meinung beunruhigt, nur ein bescheidener Teil des Dramas ist, das sich um den erzbischöflichen Thron abspielt. Die Hauptaktion entwickelt sich außerhalb der Kulissen, außerhalb der Sphäre der Kenntnis der Volksgesamtheit.

Die Wachsamkeit der Volksgesamtheit in diesem Punkte ist mehr als je eine absolute Notwendigkeit, von welcher keinerlei Rücksichten sie abzubringen vermögen. Wenn die Handvoll Politiker alten Datums, die da gewöhnt sind, das Gebäude der öffentlichen Sache auf der morschen Grundlage persönlicher, oft erträumter Einflüsse aufzubauen, anspruchsvoll von der Volksgesamtheit verlangt, sie solle in der Frage der Besetzung des erzbischöflichen Thrones die kritiklose Stellung „der Aufrechterhaltung der Autorität und des Vertrauens" einnehmen, da entgegengesetztenfalls „alles verderben werde und wir in der allgemeinen Sündflut des Schlechten und Wertlosen untergehen würden". Dann wird diesen Propheten die politisch denkende Allgemeinheit antworten, daß das Leben und des Lebens unangenehme Erfahrungen sie nichts gelehrt haben. Wohin die Politik des gedankenlosen Aufrechterhaltens der Autorität und des Vertrauens in der versöhnungsparteilichen Ära geführt hat, das brauchen wir unseren Lesern nicht zu erklären.

Die Politiker alten Datums pflegen auf folgende Art zu argumentieren. **Solange man Kandidat für den erzbischöflichen Thron ist, muß man der Regierung gegenüber diplomatisieren, man muß sich geneigt zeigen zu weitgehenden Zugeständnissen; sobald man auf dem Throne werde Platz genommen haben, könne man der Regierung das richtige Gesicht zeigen und eine Politik der freien Hand treiben.** Nun, auch hier lehrt die Erfahrung, daß man dem preußischen System bloß einen Finger zu reichen braucht, so wird es nach der ganzen Hand greifen.

Wie das preußische System Versprechungen zu interpretieren und die Geneigtheit zu Zugeständnissen auszubeuten weiß, hierfür bot das Regiment des verstorbenen Erzbischofs Dr. von Stablewski eine lehrreiche Illustration; er hat in seinem letzten Rundschreiben sowie in seinem an Herrn Witting gerichteten Briefe bekannt, daß er der preußischen Regierung gegenüber absolut ohnmächtig gewesen sei.

Die Kosten dieser Ohnmacht hat bisher die Kirche getragen. In Zukunft sollte sie nach den Intentionen der Regierung die polnische Gesamtheit tragen. Und das will letztere nicht.

Wenn die geistliche Behörde die Kirche nicht vor empfindlichen Verlusten zu schützen vermocht hat, dann kann die polnische Gesamtheit sich der Politik der kirchlichen Behörde nicht auf Gnade und Ungnade überlassen, um nicht ebenfalls dem preußischen System gegenüber in einen Zustand der Ohnmacht zu verfallen. Im Gegenteil, die Volksgesamtheit hat das Recht und die Pflicht, über die Politik der kirchlichen Behörden eine Kontrolle auszuüben; sie hat das Recht und die Pflicht, gespannt aufzupassen, — denn es handelt sich hier um die Frage der Existenz und der Nichtexistenz, um die Bedingungen ihrer Entwickelung bezw. ihres Rückganges.

Die Kontrolle der Volksgesamtheit über die Politik der kirchlichen Behörden, das ist ein programmatisches Postulat der nationalen Politik. Daß wir die Kontrolle auszuüben haben in einer Weise, wie dies der Stellung der kirchlichen Würdenträger entspricht, das ist eine andere Sache. Aber daß von dem prinzipiellen Stand-

punkt aus, welcher der Volksgesamtheit das Recht der Kritik und Kontrolle verleiht, die polnische Gesamtheit nicht zurückweichen wird, das mögen sich die betreffenden Faktoren beizeiten merken. Beizeiten gilt es auch — eben im Interesse der kirchlichen Behörde — die Frage betreffs des künftigen Oberhauptes der Diözese klarzustellen, ohne nebelhafte Verhüllungen.

Sollte auf dem erzbischöflichen Throne ein Würdenträger platznehmen, der sich unter dem Druck der Regierung gegen die vitalsten heutigen Interessen der polnischen Volksgesamtheit wenden würde, dann wird zwischen der kirchlichen Behörde und der Gesamtheit — der weltlichen sowohl als auch der geistlichen — ein tiefer Abgrund entstehen; es werden Zeiten eintreten, im Vergleich zu denen die heutigen Verhältnisse — wie sich der Propst und Kammerherr Laubitz in der polnisch-katholischen Volksversammlung geäußert hat, — ein kaum kindliches Spiel sein würden.

Aus Nr. 29 des Dziennik Poznański (Posen) vom 5. Februar 1907:

Nach den Wahlen.

Jüterbog, den 1. Februar 1907.

Der geehrten Redaktion übersende ich aus Anlaß des Artikels in Nr. 27 des Dziennik Poznanski — betitelt „Eine sehr wichtige Sache" — einen Stimmzettel auf den „Herrn Oberregierungsrat a. D. Ullrich von Oertzen".

Wenn unsere Busenfreunde die Zettel: Hrabia Maciej Mielzynski-Hobienitze (Kobnitz) vernichten wollen — was soll man darüber denken, daß auf dem beigefügten Zettel der Aufenthaltsort fehlt; ist hier die Person dieses Herrn nicht umsomehr zweifelhaft?

Aus Nr. 28 des Postęp (Posen) vom 2. Februar 1907:

Wahlangelegenheiten.

Znin.

Da ich bisher keine Zuschrift aus Znin gelesen habe, gestatte ich mir, einige Worte über den Verlauf der Wahlen pp. zu schreiben. Gott sei Dank ist es uns gelungen, die Angelegenheiten der Wahlen zum deutschen Reichstage günstig durchzuführen; das hat man gleich anfangs nach Eröffnung der Sitzung wahrnehmen können, dank der rührigen Agitation seitens des Komitees. Wenn man den ganzen Tag diesen Kampf in Verteidigung der polnischen Stimmzettel, das Spotten seitens der Deutschen am Ende des Tages und das übliche Werben Saumseliger beobachtet hat, so kann man offen sagen, daß getan worden ist, was zu tun möglich war.

Ehre Euch dafür, Ihr Herren, die Ihr das Komitee bildet, und besonders die ehrwürdigen Geistlichen, ein wahres nationales Beispiel! Wenngleich dieser Freitag für uns freudig geendet hat, so brachten uns die beiden folgenden Tage Enttäuschungen.

Am Sonnabend abend marschierten im Zapfenstreich ein paar unserer Polen, was ihnen sehr zu Gesichte stand. Am folgenden Tage — Sonntag — geruhten sie, am Essen teilzunehmen, wobei Herr J. S., ein wohlhabender Bürger, bis vor kurzem Vorsitzender des Vereins junger Industrieller, sein siebenjähriges Töchterchen vor dem Herrn Landrat ein Gedicht aufsagen ließ. Was doch alles vorgeht auf Gottes Welt!

So loyal gesinnte Bürger, wie in Znin, hat fürwahr das ganze Großherzogtum nicht gesehen. Ebenso verhält sich die Sache mit den Kindern.

Ein Fortschrittlicher.

Aus Nr. 30 des Postęp (Posen) vom 6. Februar 1907.

Aus der Umgegend von Neustadt a. Warthe im Januar: Am 20. Januar hat der Industrieverein eine Dilettanten-Vorstellung veranstaltet und das Stück „Skalmierzanki" aufgeführt. Die Dilettanten sowie die Dilettantinnen haben sich ihrer Aufgabe vorzüglich entledigt, wofür das stürmische Beifallklatschen ein Beweis war. Der große Saal des Herrn Kliemt war bis an den Rand, insbesondere vom Stadtpublikum, überfüllt, auch einige ehrwürdige Pröpste aus der Umgegend waren anwesend. Nach der Vorstellung begann das Vergnügen mit Tanz, und man amüsierte sich lustig bis früh morgens. Das Herz freute sich, als man sah, wie unsere zerrüttete Gesamtheit, diese Kinder einer unglücklichen Mutter des Vaterlandes, es verstehen, sich musterhaft gemeinschaftlich zu amüsieren, der Kaufmann und Industrielle mit dem Handwerker, Landwirt und Arbeiter. Kurz nach dem Theater eilte alles was lebte an die Wahlurne, nur unser Propst Müller hat sich garnicht gezeigt, obgleich ihm ein Zettel zugestellt worden war. Vielleicht fürchtete er sich vor Herrn Kennemann, aber dafür ist es ihm nach den Wahlen nicht zu schwer, in der Stadt von Haus zu Haus zu gehen und die Eltern zu bereden, sie möchten den Kindern den Schulstreik verbieten und ihnen befehlen, die hl. Religion in der deutschen Sprache zu lernen. Er erzählt dabei verschiedene Sachen, wie z. B., daß die Dekane den Befehl erhalten haben, den Pröpsten mitzuteilen, daß sie die Eltern beeinflussen sollen, den Streik aufzugeben, daß dies überall so sein werde. Darauf hat ihm ein wackerer Bürger mit Verwunderung gesagt, daß dies unmöglich sei, da doch die Zeitungen darüber schreiben würden. Der Propst antwortete ihm verwundert: „Was, Sie lesen auch eine Zeitung? Glauben Sie keinen Zeitungen, denn sie schreiben Dummheiten". Aber die deutschen Blätter, welche der Propst abonniert, die schreiben die reine Wahrheit, nicht wahr? Was werden seine Parochianen denken, was werden die benachbarten Pröpste zu einem derartigen Verhalten eines Geistlichen in einer rein polnischen Parochie sagen? Ich meinerseits rate dem Propst, daß er sich abwende von diesem Wege; denn durch ein solches Verhalten kann er das Herz, die Liebe und die Achtung seiner Parochianen nicht gewinnen. Es ist sehr schade um den ehrwürdigen und sehr verehrten Geistlichen Mecke, daß er verzogen ist und uns verlassen hat; dieser fühlte mit uns unsere Trauer und unseren Schmerz, aber er schmeichelte nicht den Fremden.

Ein Hiesiger.

Aus Nr. 29 des Kuryer Poznański (Posen) vom 5. Februar 1907.

Eine Wahlversammlung im Schulzimmer.

Aus der Umgegend von Obornik.

Auf einer Kuhhaut ließen sich nicht alle Mittel und Wege aufschreiben, welche unsere Gegner in der Umgegend von Obornik anwendeten, um unsere Kandidaten zu schlagen.

Bis jetzt wurde noch nichts darüber mitgeteilt, daß man Schulräume als Versammlungssäle in Sachen der Wahlen verwendet habe. Hierdurch wurde die katholische Schule in Klein Kroschno berühmt. Am 22. Januar haben die Kinder, man weiß nicht mit wessen Erlaubnis, früher als sonst die Schule verlassen, welche Erwachsene zu füllen begannen. Und zwar fanden sich außer den Familienvätern ein, der Direktor des Lehrerseminars Dr. Ruske aus Rogasen, der Distriktskommissar aus Polajewo Herr Engelmann, der Ortslehrer Fiedler und noch andere.

Als man bereits schon längere Zeit in dieser Versammlung die Deutschkatholiken bearbeitet hatte, damit sie unbedingt ihre Stimmen dem eifrigen Protestanten Herrn von Klitzing aus Obornik geben sollten, erschienen plötzlich im Versammlungssaale zwei unerwartete Gäste. Der Redner Herr Dr. Ruske wurde etwas verwirrt und schloß seine Rede über das Thema des Schulstreiks, welchen die Polen in ihrem grenzenlosen Fanatismus hervorgerufen hätten und dessen Kosten die Deutschkatholiken ungerecht tragen müßten, „denn die Polen besäßen nichts". Nach ihm sollte angeblich der Ortslehrer sprechen, aber er schmieg in Gegenwart der unerwarteten Gäste und zeigte den Versammelten nur die Wahlzettel. Der anwesende Herr Kommissar vertrat ihn und drückte die Hoffnung aus, daß die Deutschkatholiken mit den katholischen Polen im Wahlkampfe nicht zusammengehen, sondern daß sie im Gegenteil den Grafen Mielzynski schlagen würden.

Die Versammelten verließen die Versammlung in verschiedener Stimmung. Der größere Teil von ihnen war sogar über den Herrn Direktor entrüstet, daß er als Erzieher hauptsächlich polnisch-katholischer Jugend, sich ungünstig über seine Glaubensbrüder polnischer Nationalität, geäußert hatte. Doch ein wichtigerer Umstand ist der, daß es schwer begreiflich ist, wie man einen Schulsaal als Versammlungssaal hergeben kann, in welchem eine politische Partei gegen die andere, die die gleichen Rechte besitzen müßte, agitiert. Würde man den Vätern polnischer Nationalität gestatten, in demselben Saale eine Wählerversammlung abzuhalten, oder auch nur eine Versammlung des Landwirtschaftlichen Vereins? Gewiß nicht!

Außerdem ist das Schullokal im Besitze der Schulgemeinde. Wurde der Schulvorstand um Erlaubnis zur Benutzung der Schule für den erwähnten Zweck gefragt und ist die betreffende Erlaubnis wirklich erteilt worden? Den in der Umgegend wohnenden Personen ist nichts hierüber bekannt. Es wäre erwünscht, daß derjenige, der dazu berufen ist, und vor allem der Herr Vorsitzende des Kreis-Wahlkomitees kraft seines Amtes, sich mit der Aufklärung dieser Sache befaßte.

Aus Nr. 30 des Postęp (Posen)
vom 6. Februar 1907.

Witkowo, im Februar.

Die ungezogenen Kinder hast Du für das Lärmen auf der Straße durchgeprügelt, und jetzt ergreife einen ordentlichen Stock, denn es handelt sich jetzt nicht um Kinder. Es war noch nie des Abends so finster in unserer Stadt als am 27. Januar. Außer dem Monde, welcher dem Umzuge leuchtete, waren alle Fenster, mit kleinen Ausnahmen der Fenster von polnischen Hausbesitzern und Industriellen, an diesem Abende wie vermauert. Eine Ausnahme bildeten einige Kaufleute, welche sich das Vergnügen nicht versagen konnten, in die Fenster einige Schabbeslichter zu stellen, z. B. zwei Firmen der Herren K. und O. in der Thorner Straße. Frau K., welche mit Vorliebe alles bei Hastek kauft, mußte deshalb illuminieren, weil der Hastek bei ihr sehr oft für „fünf Pfennige Ingwer kauft". Herr O. mußte auch illuminieren, denn er verkaufe viel Knoblochwurst. Ich kann jetzt nicht unsere Frau W. mit Stillschweigen übergehen, deren Schaufenster ganze Ströme von Licht auf den Marktplatz warf — und welcher Aufputz, was für Girlanden, und dies nur aus lauter weißen und schwarzen Bändern! Mich hat es sehr gewundert, daß ich keine anderen Farben erblicken konnte, doch hat mir mein Gevatter erklärt, daß man hier Bänder in anderen Farben nicht habe; denn er wollte einmal seinem Weibe eine Hochzeitshaube kaufen, da gab es keine mit roten Bändern. Das Hotel hat in diesem Jahre in Dunkel gehüllt imponierend ausgesehen, aber neben demselben waren in dem uralten Lokal des „Diktators" alle Pfeiler und die Krone hell beleuchtet. Schließlich hat der gute Herr P. auf dem grünen Marktplatz, der in seinem Häuschen unter der „Fetten Perlhenne" alle Glaubensgenossen, welche hungrig und durstig sind, sättigt und tränkt, leider die Solidarität gebrochen — und sein Häuschen zum großen Schmerze der polnischen Gesamtheit, an welcher er sich ein Vermögen erarbeitet hat, hell beleuchtet. Wie man sieht, ist für uns eine noch ärgere Bedrückung nötig, oder besser ein Stock. Krokodil.

Aus Nr. 26 des Dziennik Poznański
vom 31. Januar 1907.

Ein Lehrer hat in der Klasse während der Schulstunden in Kl.-Wysocko bei Ostrowo einen Schuß abgegeben.

Eine absolut glaubwürdige Person teilt uns folgendes mit:

Um den Widerstand der Kinder gegen das deutsche Gebet zu brechen, sandte man nach Kl.-Wysocko einen jungen Kandidaten, Herrn Süssel aus Breslau, der die Kinder der Unterstufen zum Beten in deutscher Sprache bewegt, obgleich der Religionsunterricht in allen Abteilungen polnisch erteilt wird. Herr Süssel versah sich mit einem Revolver, und Mittwoch, den 23. d. M. schoß er in der Klasse. Die sechs- und siebenjährigen Kinder erschraken natürlich fürchterlich, und ein Mädchen, die Tochter des Wirts Kowalczyk, erkrankte vor Schreck und ist bettlägrig.

Der Revolver in der Schule, — das wäre die neueste pädagogische Spezialität.

Wir meinen, daß der Schulvorstand in Kl.-Wysocko nicht verfehlen wird, die Sache der höheren Schulbehörde zu unterbreiten, um den Vorgang mit dem Revolver in der Schule aufzuklären.

Aus Nr. 27 des Kuryer Poznański (Posen)
vom 1. Februar 1907:

Der Revolver in der Schule.

Ostrowo, 30. Januar.

Nach Klein Wysocka bei Ostrowo wurde, um den Widerstand der Kinder gegen das deutsche Gebet zu brechen, der 19jährige Schüler des Seminars in Fraustadt Herr Süßl entsandt, welcher die Kinder unbarmherzig zu schlagen begann, da er sich mit ihnen — insbesondere in der untersten Abteilung — nicht verständigen konnte. Er sah jedenfalls ein, daß dieses pädagogische Mittel nicht ausreicht; denn er begann als ein erfolgreicheres Mittel einen Revolver nach der Klasse mitzubringen, denselben den Kindern zu zeigen

und ihn in Gegenwart der Kinder zu laden, damit sie nicht glauben sollten, er mache Spaß.

Endlich schoß er vor einigen Tagen während der Unterrichtsstunde den Revolver ab — warum er das tat und was er vorher gesprochen hat, das haben die sechs- und siebenjährigen Kinder nicht verstanden, und sie wissen es nicht. Unter Geschrei und Weinen entstand eine Verwirrung, und ein Mädchen, die Tochter des Landwirts Kowalczyk, ist vor Schreck erkrankt und liegt bis heute.

Der Kreisschulinspektor ist am Orte gewesen, er hat alles erfahren, und . . . . . der Lehrer blieb und unterrichtet weiter!!!

Aus Nr. 25 des Kuryer Poznański (Posen) vom 30. Januar 1907:

Wongrowitz, den 27. Januar 1907.

Vergangenen Mittwoch revidierte der Schulrat Herr Heisig die hiesige Schule und bemühte sich, mit heißen Worten die Kinder zum Aufgeben des Streikes zu bewegen. Als er nach der I. Klasse kam und den Kindern zu erzählen begann, daß sie Religion durchaus deutsch lernen müßten, da erhob sich die 13jährige Schülerin Stefanie Nalewalska und gab dem Herrn Schulrat folgende Antwort: „Der Reichskanzler hat doch selber gesagt, jeder kann so sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen ist; wir wollen also polnisch sprechen." Der Herr Schulrat, welcher eine so treffende Antwort nicht erwartet hatte, wurde zornig und schimpfte das Mädchen aus, doch das tapfere Mädchen ist vor nichts erschrocken. Nach dem Fortgehen des Herrn Rats hielt der Lehrer dem Mädchen vor, daß seine Bemerkung dem Herrn Schulrat gegenüber nicht am Platze gewesen sei, worauf das Mädchen meinte, daß man es dafür jedenfalls nicht aufhängen könne.

Am nächsten Tage kam aber der Schulrektor, Herr Hoppe, und verabfolgte der Nalewalska mit dem Rohrstocke „Handschläge" und einige Schläge über den Rücken, wobei er ausdrücklich erklärte, daß er sie dafür geschlagen habe, weil sie den Herrn Schulrat durch ihre Bemerkung über den Kanzler beleidigt habe (!).

Am demselben Tage schlug der Lehrer Klein im Religionsunterricht den Schüler der II. Klasse Peter Mendoszewski dafür, daß er die deutschen Kirchenlieder nicht singen wollte. Der Vater habe in seinem Zettel nur das Antworten im deutschen Religionsunterricht verboten, doch habe er nicht ausdrücklich das Singen deutscher Kirchenlieder verboten. — Die streikenden Kinder erzählen überhaupt, daß man sie in den anderen Stunden für das kleinste Vergehen, für das geringste Stottern in den Antworten schlage, was früher nicht der Fall war. — Am Freitag hat der Rektor Hoppe wieder Hedwig Hoffmann geschlagen und gesagt, daß er nicht eher aufhören werde zu schlagen, bis sie ihm mehr gehorchen würde wie dem Vater. Infolge dieser Drohungen und des Sausens des Rohrstockes sind auch einige erschrocken und antworten im Religionsunterricht deutsch, doch die Mehrzahl verharrt auf ihrem bisherigen Standpunkt und ist dem Willen der Eltern gehorsam.

Aus Nr. 25 des Lech (Gnesen) vom 30. Januar 1907:

Die Verurteilung des Propstes Piotrowicz zu zwei Monaten Gefängnis

hat ungeheures Aufsehen erregt, nicht nur in Gnesen und im Posenschen, sondern auch im Auslande. Dies beweisen die nachstehenden Telegramme:

1) Ein deutscher Geistlicher aus dem Westen drahtet: „Polen hoch! Piotrowicz hoch! pereat Polenpolitik!"

2) Der Direktor und das Professorenkollegium in Nowytarg in Galizien telegraphieren folgendes: „Dem Märtyrer um eine heilige Sache senden Worte der Bewunderung und Ehrerbietung: Szkaradek, Krotowski, Niezabitowski, Wlodyka, Bryzek, Bulat, Pfarrer Delekta, Dziedzic, Cwikowski, Sobiewoyski, Stasicki."

In dieser Angelegenheit erhalten wir von einer gewissen Leserin aus Gnesen folgenden Brief:

Geehrte Redaktion!

Als wir nach Empfang des „Lech" gestern die erste Nachricht über das gegen unseren lieben Seelsorger gefällte Urteil erhielten, hat wohl jedes aufrichtig katholische Herz tiefen Schmerz über dieses erste Opfer unter unseren Geistlichen empfunden. Man schlägt auf den Hirten ein, damit sich die Schafe zerstreuten. Aber Gott ist mit uns! Unser teurer Propst wird das für seinen Schafstall ertragen, und wir brauchen um ihn nicht besorgt zu sein; denn wir wissen alle, daß der Geist Gottes mit ihm ist. Was uns anbetrifft, so wird uns seine Stimme aus dem Gefängnisse noch lauter ertönen als von der Kanzel; denn er wird nicht mehr mit dem Worte, sondern mit seiner ganzen Person rufen wie ein zweiter Johannes der Täufer: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!" Ich wende mich also an euch, teure Schwestern in Christo! Unsere heilige Pflicht ist es, wenn sie uns den lieben Seelsorger in das Gefängnis nehmen, alle seine Fingerzeige und Lehren zu befolgen und so inbrünstig für ihn zu beten, wie es die ersten Christen für ihren geliebten Seelenhirten Petrus taten, der da ebenfalls im Gefängnis saß.

Eine Parochianin.

Aus Nr. 24 der Gazeta Polska (Kosten) vom 29. Januar 1907:

Zur Verurteilung des Propstes Piotrowicz schreibt die „Gazeta Polska" u. a. folgendes:

Die Härte des Gnesener Urteils wird das Herz des ganzen polnischen Volkes rühren und dieses zu um so eifrigerer Selbsthilfe und Selbstverteidigung anfachen.

Die Regierung aber wird Gelegenheit haben, sich zu überzeugen, daß sie ein so tüchtiger groß-polnischer Agitator ist.

Uns wird das alles nichts schaden, im Gegenteil, unser nationale Geist wird dadurch um so mehr gehärtet; diesen Geist wird alsdann nichts mehr verschlingen können, selbst die wildesten Systeme der Regierung nicht — man wird sich vielmehr die politischen Zähne an dieser egoistischen Unbesonnenheit ausbrechen.

Demnach — hoch die Herzen!

Aus Nr. 28 des Goniec Wielkopolski vom 2. Februar 1907:

Der überwiegenden Zahl unserer Geistlichen droht das Gefängnis.

Die bis jetzt gegen unsere Seelsorger gefällten Urteile der Strafkammern in Posen, Schneidemühl, Gnesen und Löbau, laut welcher 10 Geistliche wegen Vergehens gegen die §§ 110 und 130a des Str.-G.-B. angeklagt und insgesamt zu 10 Monaten und 3 Wochen Gefängnis und sieben Wochen Festungshaft, sowie zu

1600 Mark Geldstrafe verurteilt worden sind, scheinen nur eine Einleitung zu weiteren Prozessen zu sein. Denn es wurde die Voruntersuchung gegen alle diejenigen Geistlichen eingeleitet, welche, sei es fast in jedem Dekanat, die erlassenen Aufrufe unterschrieben, oder von den Kanzeln herab verlasen, oder auch heilige Messen für die streikenden Kinder abgehalten haben. Es sind also in Zukunft zahlreiche Verurteilungen und eine Massenwanderung unserer Geistlichen in die preußischen Gefängnisse zu erwarten. Diese Tatsachen werden zweifellos zur Verschärfung der an sich schon sehr gespannten Verhältnisse beitragen. Fürwahr, es erwarten uns schwere Zeiten.

Aus Nr. 29 des Lech (Gnesen)
vom 5. Februar 1907:

Bitte.

Alle Eltern, deren Kinder in der hiesigen Schule so gestraft worden sind, daß die Schläge größere Spuren hinterlassen haben, bitten wir, sich in unserer Redaktion zu melden. Wir brauchen dies Material für den Prozeß, den der Lehrer Herr Thaddäus Molinski gegen uns angestrengt hat.

Aus Nr. 28 des Lech (Gnesen)
vom 2. Februar 1907.

Eine belauschte Unterhaltung oder wahre Schulbegebenheiten aus der Netzegegend.

Vater: Hast Du heute Hiebe bekommen, Bartholomäus?

Bartholomäus: Ach nein! Heute war ein guter Tag, übrigens haben wir jetzt mehr solch guter Tage.

V.: Was habt Ihr in der Schule gelernt?

B.: Deutsch schreiben, rechnen: einundzwanzig, zweiundzwanzig. Dann irgend welche „lidry" singen: „Uks du has die hans g'stoln" — u. s. w.

V.: Nun, das war vormittags, aber im Arrest?

B.: O, im Arreste, das war erst eine Fraide! Wir haben einen Lehrer, der sich amüsieren möchte; denn seht, Vater, das ist so: Der Lehrer sagt „lacht alle", dann lachen wir alle und zeigen die Zähne! — Dann haut er auch manchmal, aber nicht sehr. Dann wiederum sagt er „weint alle", wir verziehen alsdann den Mund und er macht ebenfalls Miene zum Weinen. Einmal sagte er uns auch, was er zum Mittag gegessen hat — irgend welche Rouladen, und es scheint mir, es war das gar an einem Freitag. Wir haben uns gewundert, er hat uns noch gesagt, er sei ein besserer Katholik wie wir alle zusammen.

V.: Ihr lernt also garnichts im Arrest?

B.: Ach, wir lernen schon; es vergeht aber mehr Zeit durchs Unterhalten — und der Arrest wird nicht langweilig.

V.: Und was erzählt er Euch noch?

B.: Einmal sagte er uns, früher hätten die Städte und Städtchen polnische Namen gehabt — das sei aber zu einer Zeit gewesen, als der polnische König (den Namen habe ich vergessen) mit der Peitsche in der Hand über die Polen regiert hätte; seit der Zeit eines gewissen Fritz aber, seien die Städte deutsch benannt worden; dafür befahl er uns, den Deutschen dankbar zu sein, weil wir es jetzt besser hätten.

V.: Ich denke, mein Junge, daß Du daran nicht glaubst, denn ich habe Dir schon manchmal die polnische Geschichte erläutert.

B.: Ach, in der Schule erfahren wir auch, wer Graf ist und wer es nicht ist; von unserem Herrn erzählte uns der Lehrer, er sei garnicht Graf, und wir haben ihn immer Graf genannt.

V.: Das gehört doch garnicht in die Schule.

B.: Na, und vor kurzem hieß er uns aus voller Kehle schreien; von früh morgens bis abends mußten wir singen, bis uns die Kehle austrocknete und die Mäuler wehe taten. Den ganzen Tag die Mäuler aufreißen — da bekommt man ja die Krämpfe; manche konnten es nicht mehr aushalten.

V.: Na das . . . . ! Schicken wir deshalb die Kinder in die Schule, daß sie nichts lernten, sondern nur Geschwätz anhörten und die Gesundheit aufs Spiel setzten? Also für die schweren Schulabgaben, die wir zahlen, verlassen unsere Kinder die preußische Schule nur noch dümmer.

Das muß man doch in die Zeitungen bringen. Möge die Welt erfahren, was hier vorgeht.

Aus Nr. 28 des Wielkopolanin (Posen)
vom 2. Februar 1907:

Die Regierung sammelt Daten über die Schule.

Aus Znin schreibt man uns:

Ich beeile mich mit der Mitteilung, daß ich heute früh auf der Post folgendes Telegramm bemerkt habe:

„Regierung II Bromberg. In 22 Schulen streiken 710 Kinder."

Wie es scheint, muß die Regierung diesen Bericht dringend nötig gehabt haben.

Aus Nr. 28 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 2. Februar 1907:

Aus dem Schulkampf.

In eine sehr erregte Stimmung geriet in der heutigen Versammlung vor dem hiesigen Schöffengericht der Arbeiter Chenciński aus Posen. Er erhielt von der Polizei ein Strafmandat in Höhe von 12 Mark dafür, daß er seine beiden Kinder, welche die I. und III. Klasse der Stadtschule besuchen, nicht zu den sogenannten Ergänzungsstunden, vielmehr zum Arrest schickte, der seinen Kindern dafür auferlegt wurde, weil sie auf Befehl ihrer Eltern im Religionsunterricht nicht deutsch antworteten.

Gegen das Mandat hat der Angeklagte Berufung eingelegt und gerichtliche Entscheidung beantragt. Vor Gericht erklärt der Angeklagte, daß seine Kinder nicht deutsch verständen, und er das Recht habe, zu verlangen, daß man ihnen Religion in polnischer Sprache lehre. Als er seine Wünsche dem Lehrer Effert persönlich vortrug, habe man ihn mit Gewalt aus der Schule entfernt, und seine Kinder hätten gleichzeitig aus eigenem Antriebe die Schule verlassen, er habe sie dazu nicht aufgefordert.

Der Zeuge, Lehrer Effert, bekundet, daß er den Angeklagten aus der Schule hinausgewiesen habe, weil sich dieser unanständig betrug, und die Kinder hätten auf seine ausdrückliche Aufforderung die Schule verlassen.

Beide Kinder hätten jene Ergänzungsstunden seit dem 22. Oktober v. Js. bis 10. Januar d. Js. nicht besucht und erklärten, der Vater habe ihnen dies verboten. Aus diesem Grunde habe der Angeklagte bereits mehrere Strafmandate zugeschickt erhalten.

Was das Zeugnis des Lehrers anbetrifft, so behauptet der Angeklagte, es stimme nicht mit der Wahr-

heit überein, daß seine Kinder auf seine Aufforderung die Schule verlassen hätten, sie hätten dies aus eigenem Antriebe getan. In großer Erregung ruft der Angeklagte: „Wenn es keine Gerechtigkeit geben wird, dann werde ich Anarchist". Der Vorsitzende des Gerichts befiehlt dem Angeklagten sofortiges Schweigen, da er ihn andernfalls sofort ins Gefängnis abführen lasse.

Der Angeklagte sagt: „Mir ist jetzt alles eins, und würdet ihr mir sogar den letzten Tropfen Blut abzapfen".

Das Gericht erkannte auf 12 Mark Strafe für die von den Kindern versäumten 12 Stunden. Mit den Worten: „Ich werde Berufung gegen dieses Urteil einlegen" — verließ der Angeklagte den Gerichtssaal.

Der Vorsitzende wandte sich an die Schöffen mit der Bemerkung: „Sie sehen also, meine Herren, selber, wie weit der Fanatismus schon um sich gegriffen hat; man kann nicht jeden von diesen Aufgehetzten für sein unanständiges Betragen sofort arretieren, da wir sonst zu viele einzusperren hätten".

Wir glauben, daß nicht der Fanatismus zu solchen Ereignissen führt, sondern das gegenwärtige preußische System.

Aus Nr. 30 des Dziennik Poznański (Posen) vom 6. Februar 1907:

Mittel gegen den Streik.

Posen, 4. Februar.

Geehrte Redaktion des Dziennik Poznanski!

Heute hat man in dem Kaiserin-Auguste-Viktoria-Gymnasium in Fersitz die Schüler aller Klassen gefragt, wer von ihnen Geschwister habe, welche die Volksschule besuchten.

Gleichzeitig wurde ihnen gesagt, daß diejenigen Schüler, deren Geschwister in den Volksschulen streikten, aus dem Gymnasium würden entfernt werden.

Ich bitte um Antwort im „Dziennik", ob eine derartige Sache überhaupt möglich ist, ob das ein Grund zur Entfernung aus dem Gymnasium ist und ob das Gymnasium einen derartigen Druck ungestraft ausüben darf?

Ich unterschreibe nicht meinen Namen, weil ich eben in diesem Gymnasium einen Sohn habe, den ich aus diesem Grunde nicht irgend welchen Schikanen aussetzen möchte, doch bürge ich für die Richtigkeit der mitgeteilten Nachricht.

Hochachtungsvoll

J. J.

Von der Redaktion: Zu den oben charakterisierten Mitteln scheinen auch die zu gehören, von denen dumpfe Gerüchte umgehen, daß die Landräte den Besitzern von Gütern, in welchen die Kinder streiken, keine Erlaubnis zur Annahme von Arbeitern aus dem Königreich Polen erteilen würden. Diese Tatsachen und Gerüchte muß man feststellen, denn sie würden sich zu einer **Interpellation in den gesetzgebenden Körperschaften** eignen. Die nach Deutschland wandernden Sachsengänger könnten dann in dieser Lage in unseren Gegenden Verdienst suchen, und die Unternehmer müßten sie nach unseren Gegenden anstatt nach Deutschland schicken.

Aus Nr. 5 der Pokraka (Posen) vom 3. Februar 1907:

Recklinghausen.

Man sieht gar keinen Erfolg, trotz der Aufrufe unseres Blattes. Der Verein des St. Laurentius kaufte das Obst für Weihnachten in Bruch bei einem Juden ein. Es gibt dort auch so manche, welche die Pokraka nicht halten und überhaupt kein polnisches Blatt (das ist unverschämt) und manche Kaufleute bedienen sich der deutschen Korrespondenz. Die nationale Sache schiert sie wenig. Ein gewisser Bäcker hat einen deutschen Knecht und zwar alle Augenblicke einen anderen, woraus zu folgern ist, daß er mit dem Knecht schlecht umgeht, ebenso peinigt auch der Schuhmacher seinen Lehrling in ungebührlicher Weise, das folgt daraus, daß ihn selbst die Juden und Deutschen auslachen. Ein gewisser Herr, der den Namen eines Vertrauensmannes trägt, spricht mit den Kindern nur deutsch, so daß die Kinder sich nicht gehörig polnisch ausdrücken können. — Der frühere Schutzmanns-Kandidat vergißt, wer er ist, und neigt sich auf die Seite der deutschen Vereine und wenn er mit ihnen fährt, dann spielt er ihnen etwas auf der Trompete vor. Der Vorsitzende des Sokols vergißt sich ebenfalls, da er die deutschen Andachten besucht. Ein wegen seiner polnischen Gesinnung bekannter Kaufmann rühmte sich damit, daß er polnische Mützen Maciejowki — von einem Deutschen in Fraustadt bezogen habe, dafür tadelten ihn die anderen und fragten, warum nicht aus Posen?!! Darauf antwortete er, daß sie bei dem Deutschen billiger seien. Es würde dies so aussehen, als ginge der Jude mit Heiligenbildern herum. (Es kommt die Zeit der Buße, geht in euch Landsleute.)

Labischin.

Am Geburtstage des Kaisers haben sich unsere Polen hier vortrefflich ausgezeichnet, denn sie haben sich bei einer glänzenden Beleuchtung lustig amüsiert. Viele von ihnen gehören auch dem Industrie-Verein an und so manche von diesen Herren tragen sogar adelige Titel.

Krotoschin.

Auch hier ist wenig Aufklärung, denn die Polen haben so beleuchtet, daß es schien, daß die Fenster verbrennen würden. Am hellsten war die Weinhandlung beleuchtet, welche die Deutschen fast gar nicht betreten, es wäre besser gewesen, diese Ausgabe für Volksbibliotheken zu verwenden!

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 13 des Pielgrzym (Pelplin) vom 29. Januar 1907:

Der Kampf um den polnischen Religionsunterricht in der Kulmer Diözese.

Aus der Wtelnoer Parochie.

Die Hakatisten möchten die Polen um die letzte Mark berauben, und es scheint sich beinah dazu anzulassen. Tausende von Mark sind von den Redakteuren für Artikel eingezogen worden, von den Geistlichen für Reden in Versammlungen, von den Eltern für die Zurückhaltung der Kinder vom Arrest — damit ist die Sache noch nicht erschöpft. Bei uns wird eine Mark für eine Verspätung zum Arrest, und sei es auch nur um eine Minute, eingezogen, und was noch merkwürdiger ist, für Kinder, welche durch Krankheit entschuldigt und abgemeldet waren! Die Lehrer verlangen im Falle der Erkrankung des Kindes ein ärztliches Attest, und zwar, wie sie sagen, auf Befehl des Schulinspektors. Sehr merkwürdig ist dieses Verlangen, das durch Schulvorschriften nicht vorgeschrieben

und übrigens auch nicht ausführbar ist. Häufig reicht es den Eltern nicht, um bei schweren Erkrankungen einen Arzt zu Rate zu ziehen, und nun sollen sie nach dem Arzt schicken bei leichteren Krankheiten, wie Husten, Fieber, Kopfschmerzen, Durchfall usw., die infolge des starken Frostes allgemein herrschen. Wenn noch ein Arzt am Orte wäre, aber man muß zum Arzt 16 Kilometer nach Bromberg oder 9 Kilometer nach Crone fahren. Das ist auch für die geduldigsten Leute zuviel. Der Bienenzüchter Herr Glezmer aus Wtelno hat die Strafe nicht bezahlt und ist zum Kommissarius gegangen, der ihm Recht gegeben und die Strafe niedergeschlagen hat; der Wirt Herr Bukolt hat sich wiederum in seinem und im Namen anderer bei der Regierung über das unerhörte Vorgehen der Lehrer beschwert und um Rückgabe der zu Unrecht eingezogenen Gelder ersucht, trotzdem hören die Lehrer nicht auf, durch Krankheit entschuldigte Kinder zur Strafe zu notieren. Vielleicht möchte die Regierung dieser Arbeit ein Ende machen. Eine andere Neuigkeit! Vor kurzem ist ein Gendarm nach Wtelno geschickt worden, dem es nicht gefallen hat, daß der Organist, Herr Spychala, neben anderen Petitionen gesammelt hat und aus der Parochialbibliothek Bücher verteilt. Wer hätte erwartet, daß sein Hund für diese Sünden bestraft werden würde. Infolge Anzeige des Herrn Gendarms erhielt der Organist ein Strafmandat über 3 Mark dafür, weil der Hund keinen Maulkorb trägt und beim Tränken der Kühe von der Kette gelassen wird. Das ganze Dorf hat sich darüber den Kopf zerbrochen, warum ein Hund bestraft wird, und alle anderen, und es sind ihrer viele, nicht bestraft werden, obwohl sie die Freiheit genießen und ohne Maulkorb herumlaufen; wir haben uns darüber umsomehr gewundert, weil das Festlegen der Hunde weder im Kreisblatte, noch durch den Ortsvorsteher bekannt gemacht war. Das mußte der Herr Gendarm einige Wochen später erfahren, denn er hat den Organisten artig abgebeten und ihm versprochen, den ausgegebenen Taler wieder zurückzuerstatten.

Der Reichskanzler hat versichert, daß er aus den polnischen Kindern keine Märtyrer machen werde, doch muß man fragen, ob es unsere Kinder nicht sind. Einen großen Groll hat das Dorf Goscieradz gegen seinen kaum 20 jährigen Lehrer. Des hohen Schnees wegen haben die Kinder sich mitunter nicht auf die Minute zum Arrest stellen können; für eine so kleine Versäumnis hat er sie zur Strafe aufgeschrieben, und außerdem kehrten die Kinder mit Weinen und mit Klagen über die strenge Züchtigung, sowie mit blauen und angeschwollenen Händen zurück. Einer der Väter, Herr Klarkowski, hat den Lehrer verklagt, doch das Gericht hat entschieden, daß das Züchtigungsmaß nicht überschritten worden wäre. **Das Schulsystem hat das seine erreicht: die Kinder haben aufgehör zu streiken,** doch, wie verlautet, beabsichtigen sie auf Befehl der Eltern ihre Schwäche wieder gut zu machen, **sobald es wärmer wird.** In anderen Dörfern halten sich die Kinder sehr gut, trotz der vielen Strafen ermuntert eins das andere zur Ausdauer.

Aus Nr. 16 der Gazeta Olsztynska (Allenstein) vom 5. Februar 1907:

Aus Nagladen

sind Petitionen in Sachen des polnischen Religionsunterrichts an den hochwürdigsten Herrn Bischof, an den Kultusminister und an die Regierung geschickt worden. Die Petitionen haben 43 Familienväter unterschrieben.

Aus Nr. 7 des Mazur (Ortelsburg) vom 23. Januar 1907:

Liebe masurischen Brüder!

Daß doch der Geburtstag des Kaisers am 27. Januar dem Könige und auch den Masuren Freude bereiten möchte; wir werden uns aber dann freuen können, wenn wir werden sagen können, daß wir am 25. Januar unsere Pflicht erfüllt und unser Wahlrecht nach unserem Gewissen und **nach dem Wunsche dessen ausgeübt haben, dessen Geburtstag wir feiern.** Und der Kaiser wünscht es, daß die minder Begüterten ihre wirklichen Vertreter im Reichstage haben, deshalb muß auch das masurische Volk seinen Vertreter haben, und dies ist der Wirt

Gottlieb Labusch
aus Haasenberg.

Wählet ihn am 25. Januar, dann werdet ihr den **27. Januar** am würdigsten, weil rechtmäßig und und gewissenhaft **ehren.**

Aus Nr. 26. des Kuryer Poznański (Posen) vom 31. Januar 1907:

Die Wahlen in Masuren.

Ortelsburg, 28. Januar.

Die Wahlen in Masuren sind unerwartet traurig ausgefallen. Der masurische Kandidat ist weder in die Stichwahl gekommen, noch hat er die Stimmenzahl bekommen wie Herr Lewandowski im Jahre 1903. Im ganzen erhielt er im Wahlkreise Ortelsburg-Sensburg 206 Stimmen. Es war das mithin eine Arbeit gleich 000. Material aus den letzten Wahlen hatte die Masurische Volkspartei nicht zur Verfügung; 5 Tage vor der Wahl liefen einige Dutzend im Jahre 1903 gesammelte Adressen ein. Ungeachtet dessen war die Agitation vielleicht größer, als anderswo, wo man dem bewußten Volke nur den Kandidaten zu zeigen und den Stimmzettel in die Hand zu geben braucht. Im Wahlkreise Ortelsburg-Sensburg haben notorisch 2300 Wähler mit der Post Aufrufe und Stimmzettel (5 bis 25) der Masurischen Volkspartei erhalten, und etwa 200 erhielten Pakete mit Aufrufen und Stimmzetteln. Außerdem waren im Kreise Ortelsburg 6 Dörfer mit Wohllokalen, wo die Masurische Volkspartei persönlich Stimmzettel nicht verteilte, sowie 15 Dörfer mit Wahllokalen im Kreise Sensburg in der verdeutschten Gegend, dem Sitz Biebersteins. So haben die Agitatoren der Masurischen Volkspartei also in 90% der 220 Ortschaften im Wahlkreise Ortelsburg-Sensburg persönlich fast in jeder Hütte Aufrufe und Stimmzettel abgegeben. Es war also hinsichtlich der Agitation alles getan worden, was menschenmöglich war.

Die Ursache der Niederlage also? Vor allem halte ich das Ergebnis der Abstimmung nicht für eine Niederlage; denn der Status, der sich bei der letzten Abstimmung gezeigt hat, ist maßgebend für die Stimmung der Masuren. Nicht jene 6009 aus dem Jahre 1898, noch die 4000 aus dem Jahre 1903 bezeichnen die Zahl der nationalbewußten Masuren. **Nationalbewußte Masuren existieren nicht. Der fanatischste Agitator für Lewandowski kann in einem Atemzuge den polnischen Kandidaten rühmen und die preußische Regierung in den Himmel erheben, sowie das Lob des preußischen Vaterlandes verkünden. Jetzt noch haben Agitatoren besorgt gefragt, ob Labusch nicht etwa Pole sei; denn für einen Verräter des preußischen Staates könnten sie nicht agitieren. Pole heißt nämlich bei ihnen soviel wie Verräter.**

Fünf Tage vor der Wahl sind Extrabeilagen zu den Kreisblättern verbreitet worden, betitelt „die polnische Verschwörung" usw., und die deutschen Agitatoren legten den Massen dar, Labusch dürfe man nicht wählen, denn Labusch empfehle der Mazur, der Mazur aber sei ein polizeilich verbotenes Blatt.

Das Schließen der Druckerei bedeutet nämlich in der Sprache der konservativen Agitatoren soviel wie ein Verbot des Blattes durch den Landrat selbst.

Nach den Vertrauensmännern der masurischen Volkspartei erschienen nämlich, reichlich mit klingender Münze versehen, konservative Agitatoren mit der unzertrennlichen Flasche in der Tasche sowie mit Notizen über das „Verbot" des Mazur. Man vernichtete die Stimmzettel für Labusch und drängte Bieberstein'sche auf. Vor den Wahllokalen verrichteten die Amtsvorsteher Treiberdienste. Am Wahltage war ein nüchterner Bauer eine Seltenheit. In den Schenken standen Zehner von Achteln, aus denen jeder Freibier schlürfen konnte „ad majorem Biebersteini gloriam".

Und so kam es, daß für Labusch nur die Vertrauensmänner der Masurischen Volkspartei die Stimme abgegeben haben. Die ganze Masse dagegen gab, unentgeltlich trunken gemacht und zu Gewalttätigkeiten aufgereizt, in nicht nüchternem Zustande die Stimmzettel ab, die man ihr in die Hand gedrückt hatte, und nach Erfüllung dieser „Bürgerpflicht" ging man weiter trinken, denn es kostete ja nichts. **Wer den Anderen im Tränken des Volks mit Schnaps überholt, der ist in Masuren obenauf.** Angesichts dieses Standes der Dinge, **angesichts des absoluten Mangels an Nationalbewußtsein und des Bestehens eines bedientenhaften preußischen Patriotismus bei dem masurischen Bauern** wird man sich nicht darüber wundern können, wenn **bei den künftigen Wahlen sich nicht mehr als 1000 Masuren finden werden, die für Schnaps ihr Gewissen nicht verkaufen.**

Da wir die örtlichen Verhältnisse nicht persönlich kennen, können wir nicht beurteilen, ob die pessimistischen Schlüsse, die der Korrespondent am Ende zieht, nicht das Resultat des Schmerzes wegen der erfolglosen und so mühevollen und schwierigen Wahlagitation sind. Der Korrespondent hat an derselben nämlich aktiv teilgenommen. Und ferner finden wir in der Korrespondenz keine Antwort auf die Frage, ob es angesichts der traurigen Lage, auf welche der Korrespondent mit Recht solchen Nachdruck legt, nicht angezeigt gewesen wäre, nach einer kaum mehrmonatlichen Tätigkeit des Mazur bei der Wahl noch nicht unter der Standarte der Masurischen Volkspartei aufzutreten und auf diese Weise die Ohnmacht nicht zu zeigen. Das Ergebnis der Wahlen mußte deprimierend sogar auf die Agitatoren der masurischen Volkspartei selbst einwirken.

Aus der Provinz Schlesien.

Aus Nr. 16 des Polak (Kattowitz)
vom 5. Februar 1907:

Polnische Bauern in Galizien spenden den polnischen Kindern Lob.

Wir erhalten folgendes Schreiben:

An
den Herrn Abgeordneten
Adalbert Korfanty
Hochwohlgeboren
in Kattowitz.

Der Vorstand des Rustikalvereins in Drohobycz Post Dubiecko, übersendet in Gemäßheit eines Beschlusses der Generalversammlung z. H. Euer Hochwohlgeboren nachstehende Resolution:

„Die Generalversammlung der Mitglieder des Rustikalvereins drückt den Eltern und ihren Kindern, die ihre Sprache nicht verleugnen, ihre tiefe Verehrung aus."

Für den Vorstand
des Rustikalvereins in Drohobycz (p. Dubiecko),
den 26. Januar 1907
Karl Jakubowski,
Vorsitzender.

Aus Nr. 16 der Gazeta Opolska (Oppeln)
vom 5. Februar 1907:

Nach der Wahl.

Geehrter Herr Redakteur!

Jetzt, wo die Wahlurne ihr Geheimnis enthüllt hat, wo die Wahlen gezeigt haben, daß unser Volk und seine Nationalität kein geheimnisvolles Rätsel sind, jetzt können wir kühn behaupten, daß ein Stern an dem politischen Horizont Schlesiens erglänzt ist. Wir nähern uns dem Frühling nicht nur dem Kalender nach, sondern auch im politischen Leben. Unser Volk hat nicht allein dem Feinde, sondern ganz Europa Achtung eingeflößt. Sogar die ganze zivilisierte Welt blickt auf dieses in Oberschlesien keimende Körnchen, auf dieses Körnchen, das in so kurzer Zeit zu einem schönen Baum auf unserer altpolnischen Flur herangewachsen ist, wo seit den Zeiten der Piasten der geistige Kampf zwischen zwei der Nationalität nach verschiedenen Volksstämmen tobt, wo uns die Übermacht der Gegner durch lange Jahrhunderte verächtlich mit Füßen trat, wo auf unser Volk der Haß und die Hoffart von Ankömmlingen herabblickte. — Heut ist dieses Volk erwacht, hat es mit ganzer elementarer Kraft die Fesseln von seiner geistig-nationalen Sklaverei abgeschüttelt, hat dieser nationale Löwe das Haupt erhoben und sich mit tausendfacher Stimme deutlich vernehmen lassen, um der Welt zu zeigen, daß sich sein Geist nicht unterjochen läßt.

Schlesien hat sich endlich wahre Söhne seines Volks erzogen, und es bedarf nicht mehr der Führer einer fremden Nationalität; auf den Ackerschollen, Gefilden und Weideplätzen ist ein neues, junges Geschlecht unseres Ackerbau treibenden Bauern emporgewachsen; inmitten des Gemurmels sich wiegender und zur Erde sich neigender Ähren hat es die Geschichte unseres schlesischen Landes vernommen, und diese Saite erzitterte so stark in ihm, daß sie von dem heuchlerischen und verführerischen Klange der Hymnen unserer Feinde nicht übertäubt wurde. Dort, wo gleichsam schon der letzte Funke der polnischen Nationalität glomm, dort brachen Garben hellen Feuers hervor, dort, wo polnische Denkmäler als alte Erinnerungen an das Slaventum für archeologische Museen gesucht wurden, dort, wo polnische Skelette gesucht wurden — dort ist ein polnischer starker Volksstamm voll Leben gefunden worden. Es haben sich die Worte eines unserer Geschichtsschreiber verwirklicht: „O, im Volke liegt eine unverwüstliche Kraft!"

Dr. Lombardzki.

Aus Nr. 26 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 1. Februar 1907:

Aufruf.

Liebe Landsleute! Die Wahlen sind beendet; ihr habt gezeigt, daß ihr eure Sache kennt und versteht, denn der Sieg ist auf unserer Seite. Lob sei euch dafür, Brüder! — Dieser Sieg wäre noch größer gewesen, wenn mehr Geld vorhanden gewesen wäre, indes war die Zeit zur Aufbringung einer größeren Summe zu kurz.

Daher bitte ich euch dringend, sammeln wir schon jetzt, sammeln wir beizeiten, damit wir für Neuwahlen — ob sie in kurzem oder in 5 Jahren stattfinden werden — reichliche, genügende Fonds zum Kampf vorbereitet hätten.

Am besten wird es sein, wenn jeder von euch, liebe Landsleute, allmonatlich regelmäßig je einige Groschen beitragen wird. So wird viel aufgebracht werden, zumal das gesammelte Geld in Banken hinterlegt werden wird, wo es durch die Zinsen mehr anwachsen wird.

Außerdem denket daran, bei jedem Vergnügen, mithin bei allen Taufen, Hochzeiten, Tanzvergnügungen usw., in Versammlungen, mit einem Wort, bei jeder sich darbietenden Gelegenheit Geldsammlungen zu veranstalten.

Möge niemand mehr geben, als es sein Stand, sein Vermögen erlaubt, sondern soviel, als es sein Beutel gestattet; denn es ist besser, wenn 1000 Personen je 10 Pf. geben, als einige Dutzend je 1, 2 oder 3 M.

Beiträge können u. a. auch bei dem Kassierer Herrn A. Ligon oder bei dem Unterzeichneten abgegeben werden. Die Empfangsbescheinigungen werden in unseren polnischen Blättern veröffentlicht werden.

Kattowitz-Zabrze.

Für das Komitee W. Szyperski.

Aus Nr. 28 des Gornoślązak (Kattowitz) vom 5. Februar 1907:

An die Wähler im Wahlkreise Oppeln.

Geehrte Wähler im Kreise Oppeln!

Ein glänzender Sieg! So ruft ihr alle aus, die ihr zu diesem Siege beitruget — und ich mit euch. So äußern sich alle Polen in Schlesien und außerhalb Schlesiens, in den Ruf einstimmend: Ruhm dem braven Volk im Oppelner Kreise!

Dies ist ein katholischer Sieg. Wie bisher erwähltet ihr auch jetzt einen Katholiken zu eurem Vertreter im Reichstage. Das polnische Volk war stets katholisch und seiner Kirche treu, und so will es auch stets bleiben. Das polnische Volk wird sich seinen heiligen katholischen Glauben nie aus seinem Herzen entreißen lassen.

Dies ist ein polnischer Sieg. Gott hat uns als Polen erschaffen und so will er uns haben. Durch die Wahl eines Polen haben wir aller Welt bewiesen, daß wir Polen sind und Polen bleiben wollen. Niemand von uns denkt daran, sich gegen den Staat aufzulehnen, zu dem wir nach dem Willen und nach der Fügung der göttlichen Vorsehung gehören. Jedoch fordern wir durch die Wahl eines polnischen Abgeordneten, daß wir als Polen geachtet und gleich den andern Staatsbürgern behandelt würden. Wir erfüllen, wie die anderen, Pflichten gegen den Staat; wir fordern daher auch gleiche Rechte, sonst nichts.

Der Sieg ist groß, aber noch nicht vollständig. Er wird vollständig sein, wenn sich alle, die von polnischen Eltern abstammen, mit uns unter der katholischen und polnischen Fahne vereinigen werden. Diejenigen, welche für das Zentrum stimmten, gehören fast insgesamt uns an, denn sie sind Katholiken und überwiegend Polen; es besteht also die Hoffnung, daß sie sich in Zukunft mit uns in einem einzigen Lager befinden werden. Jedoch kommt es auf diejenigen an, die für einen Regierungsparteiler oder Sozialisten gestimmt haben. Soweit sie polnischer Abstammung sind, müssen wir sie belehren, damit auch sie die Pflicht erkennten, die jeder Mensch gegen die von der Mutter überkommene Sprache zu erfüllen hat, und damit sie zu uns umkehrten. Wir wollen nicht aus den Deutschen Polen machen — das wäre infamer Hakatismus — wir wollen die Polen dem polnischen Empfinden bewahren, sie zur polnischen Pflicht rufen. Wir wollen, daß jeder Pole, vornehmlich aber derjenige, welcher ein kleines Vermögen erworben oder einen höheren Posten erlangt hat, Pole bleibe.

Belehren wir auch diejenigen unter uns, die für einen Sozialdemokraten gestimmt. Erinnern wir sie daran, daß sie als Katholiken eine Sünde begehen, wenn sie sich zu den Sozialdemokraten rechnen, weil diese Feinde unserer Religion sind. Suchen wir sie zu überzeugen, daß sie sich auch wegen Verbesserung des zeitlichen Daseins mit den Sozialdemokraten nicht vereinigen dürfen, denn auch wir erstreben diese Verbesserung — sei es im Reichstage, sei es durch unsere katholischen und christlichen Organisationen.

Das ist unser Ziel, dieses Ziel erstreben wir, durch die Wahl habt ihr mich zu eurem Abgeordneten gewählt. Das ist eine große Ehre! Von Herzen danke ich euch für das Vertrauen! Wie nie zuvor, so kann ich euch auch jetzt nicht goldene Berge versprechen, ich gebe jedoch alle meine Kräfte hin, um eurem Wohl zu dienen. Seid überzeugt, daß ich sie zur erfolgreichen Verteidigung aller eurer Rechte verwenden werde.

Dziergowitz, den 28. Januar 1907.

Brandys,
Pfarrer.

Aus Nr. 16 der Gazeta Opolska (Oppeln) vom 5. Februar 1907:

Danksagung.

Ich erhielt von Wählern aus dem Kreise Oppeln, von Landsleuten aus anderen Gegenden Schlesiens und aus dem Posenschen, sogar aus Galizien und Warschau viele Glückwünsche anläßlich des Sieges. Da ich nicht jedem einzeln danken kann, so sage ich auf diesem Wege allen mir Wohlgesinnten für ihre Wünsche herzlichen Dank. — Ebenso auch allen denen, die zu meinem Siege durch ihre Agitation, weder Zeit noch Kosten scheuend, beigetragen haben. Insbesondere aber drücke ich **den Hochwürdigen Geistlichen, die sich entweder offen auf unsere Seite gestellt oder unserer Sache nicht geschadet hatten, an dieser Stelle meinen herzlichen Dank aus.**

Dziergowitz, den 2. Februar 1907.

Pfarrer Brandys,
Reichstagsabgeordneter.

Aus Nr. 16 der Nowiny Raciborskie (Ratibor) vom 5. Februar 1907:

Aus dem Kreise Kosel.

Verflossenen Sonnabend sollten polnische Wählerversammlungen in Pikow und Krudziejow stattfinden. Die Abhaltung einer Versammlung in Pikow genehmigte die Polizeibehörde nicht, weil angeblich das Lokal nicht geeignet war. In Krudziejow stand wiederum ein Ofen im Wege, die Volksgenossen aber trugen ihn schnell hinaus, wiewohl er noch heiß war. Was nützte dies, da hierzu eine vorherige Erlaubnis notwendig war? Es blieb dabei, daß der Ofen im Flur aufgestellt wurde. Im Lokale blieb natürlich vom Ofenrohr ein Loch in der Wand zurück. Nach der Meinung des Amtsvorstehers hätte es aus dem Loche rauchen können, aber es rauchte nicht. Um aber auch dies zu verhindern, wurde das Loch rasch mit Blech verschlagen. — Der erste Redner verlangte ein Glas Bier, zu seiner Verwunderung aber erhielt er die Antwort, daß der Bierverkauf verboten wurde; man mußte sich daher mit Wasser begnügen. — Schließlich erschien in der Versammlung unser Kandidat Herr Siemianowski in Begleitung der Herren Abgeordneten Korfanty und Graf Matthias Mielzynski, sowie eines Herrn Pfarrers aus der Umgegend. Die neu Erschienenen wurden mit Freudenrufen begrüßt. Sodann ergriff der Abgeordnete Graf **Mielzynski** das Wort. Er sprach schön und ziemlich lange, als er aber des schweren Loses der polnischen Soldaten Erwähnung tat, unterbrach ihn der Amtsvorsteher, indem er behauptete, daß von solchen Angelegenheiten in einer Versammlung katholischer Männer nicht gesprochen werden dürfe. (!?). Eine Erklärung des Abgeordneten Mielzynski, daß er nur Reichstagsverhandlungen in dieser Angelegenheit wiederhole, half nichts; als die versammelten Volksgenossen den Ausführungen des Redners Beifall zollten, erhob sich der Gendarm und löste die Versammlung auf.

Aus Nr. 17 des Polak (Kattowitz) vom 7. Februar 1907:

Die Wahlagitation im Kreise Groß-Strehlitz.

Zur Wahlagitation entsandten wir in den Kreis Groß-Strehlitz nahezu 30 tüchtige Agitatoren, die dem dortigen Volke die Idee der nationalen Wiedergeburt einimpften. Jeder von ihnen hatte eine Kreiskarte und ein genau bezeichnetes Arbeitsfeld. In dem Zeitpunkt, in welchem wir dies schreiben, kennen wir das Ergebnis ihrer Bemühungen nicht. Jedenfalls hat die Stichwahl die national-polnische Bewegung vertieft. Unter dem Volke besteht zwar eine Spaltung, diese wird aber später verschwinden.

Trotz der politischen Gegensätze bewahrte die Landbevölkerung die ihr eigene Zuvorkommenheit und Gastfreundlichkeit gegen unsere Agitatoren.

Aus Nr. 17 des Polak (Kattowitz) vom 7. Februar 1907:

Die Hussiten und die Wahlen.

In Petersgrätz, Kreis Groß-Strehlitz, wohnen ungefähr 1500 Tschechen, Bekenntnis Huß', die polnisch korrekt, tschechisch aber geläufig sprechen. Bei der ersten Wahl stimmten sie für den Regierungsparteiler, denn dazu bewog sie der Pastor, ein fanatischer Deutscher. Unseren Agitatoren erklärten sie jedoch, daß sie bei der Stichwahl ihre Stimmen Herrn Siemianowski geben würden, damit der Geistliche Glowatzki durchfalle.

Während der Wahlagitation führten die Tschechen vor unseren Abgesandten Klage darüber, daß ihre Kinder germanisiert würden, daß man ihnen einen deutschen Pastor schicke, und daß ein tschechischer Geistlicher selten zu ihnen komme. — Die rege Wahlagitation hat sie den Polen genähert.

Aus Nr. 28 des Głos Śląski (Gleiwitz) vom 2. Februar 1907:

Aus dem Kreise Tost.

Einen unerhörten Druck übten hier die Regierungsparteiler auf die polnischen Wähler aus, und sie zwangen die Leute, namentlich Landarbeiter von Dominien, für den Regierungsparteiler Rentwig zu stimmen. Dies geschah in Widow, Byczyn, Ciechowiec, Ellgut bei Tost, Ponischwitz, Kotulin. In Slupsko gab der Inspektor den Leuten sogar zu trinken, oder er drohte ihnen, es würden ihnen die Parzellen entzogen werden, die sie vom Gutsherrn gepachtet haben. Die Leute von herrschaftlichen Gütern wurden unter Kontrolle zur Wahl geleitet, und auf Rentwig lautende Wahlzettel wurden ihnen auf dem Dominium in die Hände gedrückt.

Aus Nr. 16 des Polak (Kattowitz) vom 5. Februar 1907:

Kobier.

Liebe Brüder! Bekanntlich war unser Sieg im Wahlkreise Pleß-Rybnik glänzend. Nichtsdestoweniger kann ich nicht verschweigen, in welcher Weise bei uns die Regierungsparteiler Krieg führten, um eine möglichst große Zahl Stimmen ihrem Kandidaten zuzuschanzen.

So trieb z. B. der Verwalter der hiesigen Sägemühle Goedeke die Arbeiter wie das Vieh zur Wahlurne. Da die Arbeiter dies nicht vermutet hatten, waren sie gar nicht mit Wahlzetteln versehen, denn sie glaubten, daß sie auf dem Gang zum Mittagessen ihre Wahlzettel von Hause mitnehmen oder solche vor dem Lokal erhalten werden. Indes mußten sie scharenweise sofort früh gehen, es wurden ihnen auf den Kandidaten Rzesnitzek lautende Wahlzettel in die Hand gedrückt, und sie wurden in das Lokal hineingeführt. So mußten sie gegen ihr Gewissen Wahlzettel für einen Regierungsparteiler abgeben. Das Wahllokal war auch nicht vorschriftsmäßig, denn es war kein Verschlag vorhanden, hinter welchem die Wahlzettel in die Briefumschläge hätten gelegt werden können. Es kam vor, daß der Förster von hinten zusah, was für ein Wahlzettel hineingelegt wurde. Er traf aber einmal auf den Richtigen, der sich dies verbat, und der Förster mußte zurücktreten. Vor dem Wahllokal stand der Aufseher der Sägemühle Keiser, der den Arbeitern polnische Wahlzettel sogar zerriß und ihnen deutsche in die Hand drückte, erklärend, daß nur solche Zettel an die Arbeiter verteilt werden dürften. Die Leute kennen ihre Bürgerrechte noch nicht, daher darf man sie in einer solchen Weise behandeln. Ich könnte noch viel über Mißbräuche seitens der Deutschen schreiben, jedoch dies beleuchtet die Achtung der Bürgerrechte des Volks zur Genüge.

Ein Wähler.

Aus Nr. 25 des Gornoslązak (Kattowitz)
vom 31. Januar 1907:

Aus Peiskretscham.

Wie sich Herr Pfarrer Chrzonszcz vor dem „regierunek“ fürchtet! Vor mehreren Jahren war in der Peiskretschamer Parochial-Darlehnskasse die Stelle eines sogenannten Rendanten frei. Ein großer Teil der Mitglieder dieser Kasse bat und nötigte fast den Kaufmann Herrn Fr. Orlicki, sich um diese Stelle zu bewerben. In der betreffenden Sitzung stimmten der ganze Vorstand und der Aufsichtsrat für Herrn Orlicki, nur Herr Pfarrer Chrzonszcz, der Vorsitzende des Aufsichtsrats, war dagegen. Er sorgte für einen Aufschub der Wahl, und in der nächsten Sitzung erklärte er, er werde der Wahl des Herrn Orlicki nicht zustimmen; denn Herr Orlicki sei, obgleich er ihm nichts vorwerfen könne, dennoch ein Radikaler, und was würde der „regierunek“ dazu sagen?! Als hinwiederum andere Mitglieder erklärten, es bestänben polnische Banken, und der „regierunek“ könne dagegen nichts machen, sagte Herr Dr. Chrzonszcz: Entweder Herr Orlicki — oder ich! Wenn ihr ihn wählt, dann lege ich auf der Stelle das Amt des Vorsitzenden des Aufsichtsrats nieder. Die Mehrheit des Rats gab in anbetracht dessen nach, und nach einer gewissen Zeit wurde dieses Amt einem deutschen Lehrer übertragen. Daraus erhellt, daß Herr Pfarrer Chrzonszcz vor dem „regierunek“ große Angst hat und einem Polen das Amt nicht gönnte.

Denkt, was für ein Abgeordneter ein Mann wäre, der ein solcher Feigling ist. Würde er doch vor jedem Regierungsschreiber eine Verbeugung machen, und wenn ihn irgendein Bote aus dem Ministerium scharf anblicken würde, so würde er allem zustimmen. Einen so schwachen Abgeordneten wollen wir nicht haben.

Wir wollen zum Abgeordneten einen mutigen, standhaften, dem Volke ergebenen Mann wählen, der niemand fürchtet, außer Gott. Ein solcher Mann ist Herr Pfarrer Theodor Jankowski aus Groß-Kotorz. Diesen werden wir wählen.

Aus Nr. 16 des Polak (Kattowitz)
vom 5. Februar 1907:

„Kriegervereine“ und die Wahlen.

Wenn „Kriegervereiny“ auf den Straßen oberschlesischer Städte Aufzüge veranstalten, so wirst du in dem Zuge viel polnische in Kriegermützen bunt gekleidete Gesichter sehen. Das sind überwiegend Zwangsmitglieder des ezdeutschen Vereins, die der Wille der Kapitalisten in die Reihen dieses militärischen Vereins hineingedrängt hat, der sich jetzt auch zu den Wahlparolen für Deutsche und Kapitalisten fortreißen läßt. Die Kapitalisten unterstützen die „Kriegerfereiny“, und diese unterstützen die Kapitalisten, d. h. eine Hand wäscht die andere.

Du, unser Leser, hast gewiß sehr viele solche Festzüge gesehen. Manchmal maschieren sie hinter einer ganzen Kapelle, manchmal nur mit Trommelchen, häufig „im gleichen Schritt und Tritt“ Ab und zu ertönen deutsch die Kommandoworte: „Halt!“ — „Links um“ oder „Kehrt!“ usw. Alle drehen sich nach dem Kommando um. Zwar nicht mit der Munterkeit, wie in den Kasernen, denn das Alter ist freudlos, aber es geht noch so einigermaßen.

Im allgemeinen sollen diese Vereine dazu dienen, unter den Mitgliedern den Geist des Kasernendisziplin, der Unterwürfigkeit vor den vorgesetzten Reserveoffizieren (im gewöhnlichen Leben kapitalistische Fabrikanten) zu erhalten und in polnischen Gegenden das Deutschtum zu wecken, das Polentum unter ihren Mitgliedern und deren Umgebung aber auszurotten. Krasser treten die Ziele dieses Vereins während der Wahlen hervor. Frei und offen fordert dieser „nichtpolitische“ Verein mit großem nationalen Chauvinismus seine Mitglieder auf, ihre Stimme nur solchen Abgeordneten zu geben, die jede Regierungsforderung gleichsam aufs Kommando bewilligen. Einen solchen Aufruf erließen der Verband Deutscher Kriegervereine und der Kyffhäuserbund, der alle deutschen militärischen Vereine vereinigt.

Für die Stichwahlen erließ der Hauptverband der Kriegervereine wiederum einen riesenlangen Aufruf an seine Mitglieder, indem er ermunterte, die Kandidaten der Polen, Welfen und Sozialdemokraten zu bekämpfen. Der Abschnitt des betreffenden Aufrufs hinsichtlich der Polen lautet wie folgt: In den östlichen Provinzen ist es somit nach unseren Satzungen keinem Kameraden erlaubt, seine Stimme einem Polen zu geben, der großpolnischen auf die Losreißung eines Landesteils gerichteten Bestrebungen huldigt ....

Ein solcher moralischer Zwang wird jedoch den erwünschten Erfolg nicht zeitigen, sondern er bildet unsere Leute nach den Worten der Bibel: „Seid sanft wie die Tauben, aber listig wie die Schlangen“. Unser durch Zwang der Kapitalisten in Kriegervereinen zusammengereihtes Volk ruft „Hurra,“ „es lebe,“ auf alles antwortet es „jawohl“! oder „zu Befehl“; wenn es aber zur Wahl kommt, dann steckt es in jener geheimen Wahlkammer den Wahlzettel für den Polen in das Wahlcouvert.

Aus Nr. 15 der Gazeta Katolicka (Königshütte)
vom 31. Januar 1907:

Im Polak

machte Herr A. Ligon aus Kattowitz vor den Wahlen bekannt, daß auf dem Klosterberge zu Czenstochau vor dem wundertätigen Bilde eine Andacht auf die Intention eines glücklichen Ausfalls der Wahlen in Oberschlesien abgehalten werden wird, d. h. auf die Intention, daß sämtliche Kandidaten der polnischen Fraktion durchkommen möchten. — Herr A. Ligon hätte besser auf dem Klosterberge Suplikationen für alle die Verwünschungen bestellen und veröffentlichen sollen, die während der Wahlen in Oberschlesien von den Anhängern der polnischen Partei gegen die Geistlichkeit ausgestoßen zu werden pflegen, ferner für alle Lügen und Verleumdungen, mit denen die polnische Partei das Zentrum und die Geistlichkeit bekämpft, sowie für die Verblendung, mit welcher die im Westen sich aufhaltenden Polen, wie z. B. in Duisburg und Bochum, durch ihr Verhalten zu Gunsten der Sozialdemokraten und Nationalliberalen gearbeitet und damit zum Fall der katholischen Kandidaturen beigetragen haben. Schimpf und Schande solchen Polen, die in blindem Haß den Sozialdemokraten und Liberalen zum Schaden der katholischen Partei Dienste leisten.

Aus Nr. 25 des Gornoslązak (Kattowitz)
vom 31. Januar 1907:

Der Beuthener Landrat

bewilligte verschiedenen „ferajnen“ ansehnliche Geldbeträge zur Veranstaltung von „abenty“. Wie schon wiederholt festgestellt und gesagt wurde, sollen diese verschiedenen „abenty“ das Volk für das Deutschtum gewinnen, d. i. mit andern Worten: sie sollen es germanisieren. Daher sollten Polen an den „abenty“

nicht teilnehmen. Wenn sich niemand daran beteiligen wird, dann wird man auch nicht mehr Geld dafür ausgeben; wieviel aber erspart werden wird, soviel weniger Steuern wird es geben.

Aus Nr. 24 des Gornoslązak (Kattowitz) vom 30. Januar 1907:

Betrifft den „Sokolverein" in Königshütte.

Vor nicht langer Zeit hielt unser Sokolverein seine Generalversammlung im kleinen Saale der Reichshalle zu Kattowitz ab. Es wurde über die ganzjährige Tätigkeit Bericht erstattet. In Königshütte fanden vier und in Kattowitz eine Versammlung statt. Außer den erwähnten wurden noch drei gemeinsame Sitzungen mit dem Kattowitzer und Siemianowitzer Sokolverein abgehalten, in welchen Verwaltungsangelegenheiten des Vereins besprochen wurden. Unser Sokolverein beteiligte sich am 19. August an dem Gauturntag in Oswiencim, bei welchem 10 Kameraden mitturnten. Die Jahreseinnahmen der Kasse betrugen 125,92 Mk., die Ausgaben 63,70 Mk.; Kassenbestand 62,28 Mk. Außerdem besitzt der Verein Turngeräte im Werte von 370 Mk. Am 28. Dezember hielt unser Verein eine Generalversammlung ab, in welcher ein neuer Vorstand gewählt wurde, und zwar: Kamerad Grezes als Vorsitzender, Kamerad Rychold als Schriftführer und Kamerad Tomala als Turnwart. — Aus diesem Bericht geht hervor, daß im verflossenen Jahre eine gewisse Schlaffheit und Saumseligkeit geherrscht hat. Daher werden alle, welche Verständnis für und Lust zur Sokolsache haben, aufgefordert, sich unter den Fahnen unseres Sokolvereins zusammenzuscharen, insbesondere sollte die Jugend aus Königshütte an dem Leben des hiesigen Sokolvereins eifrig teilnehmen. Seien wir der alten Losung eingedenk: Im gesunden Leib ein gesunder Geist! Aus den Körperübungen und ferner aus Vorträgen und Vergnügungen kann man für den Geist und Leib nur Vorteile ziehen. Der neue Vorstand wird alle Kräfte daran setzen, um unseren Verein einer besseren Entwickelung entgegenzuführen. Vorwärts also, scharet euch alle um den Sokolverein! Eine besondere Anerkennung gebührt auch den Kameraden des Sokolvereins in Schwientochlowitz, welche die Sokolsache treu und eifrig unterstützten. Möchten sie von allen nachgeahmt werden! — Gut Heil!

Der Vorstand.

Aus Nr. 28 des Gornoslązak (Kattowitz) vom 5. Februar 1907:

Aus Czenstochau.

„Laßt euch nicht betrügen." Unter dieser Überschrift schreibt der hiesige Głos Ludu (Volksstimme): Trotz der Winterzeit grassieren bereits in den Grenzkreisen des Königreichs Polen Agenten, welche die Landbevölkerung zur Auswanderung überreden. — Sie verbreiten das Gerücht, daß im laufenden Jahre nach Preußen nur diejenigen Landarbeiter hinübergelassen werden sollen, die einen Mietsvertrag besitzen. — Sie lassen auch deutsche Druckformulare unterschreiben, ohne den Ort der Beschäftigung oder die Höhe des Lohnes zu nennen, wobei sie sagen, daß diese Details erst nach Überschreitung der Grenze ausgefüllt werden können. Jeder, der solche Verträge unterschreibt, erhält einen Rubel Angeld und wird bewirtet. Überwiegend die unerfahrene Jugend unterschreibt solche Verträge. Für die Arbeiter der Kreise Sieradz, Lasy und Wielun, bestimmen die Agenten als Sammelpunkt das Städtchen Podzameze (verdeutscht „Wilhelmsbrücke"), das auf preußischer Seite gelegen ist. — Hervorgehoben zu werden verdient, daß einer der eifrigsten Auswanderer-Agenten, welche die Kreise Wielun und Sieradz bereisen, der wohlbekannte Agitator ist, der während der vorjährigen Ernte unter dem Gesinde sinnlose landwirtschaftliche Streiks hervorzurufen suchte. (Siehe auch die Nachricht unter „Zabrze". — Die Red.)

Zabrze. Die Polizei mußte sich hier dreier Arbeiter aus Galizien annehmen, die ein gewissenloser Agent angeblich zur Arbeit nach Sachsen verlockt und ihnen eine Vergünigung abgenommen hat. Indes war in Sachsen Arbeit nicht vorhanden, und jene Arbeiter mußten zu Fuß heimkehren, bis sich ihrer die Polizei in Zabrze annahm; sie waren sehr verwahrlost. — Eine solche Ausbeutung und Betrügerei üben manche Lumpenkerls von Agenten an dem polnischen Volke.

Aus dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 27 des Wiarus Polski (Bochum) vom 31. Januar 1907:

Der Ausfall der Wahlen in der Fremde.

Unser Kandidat, Herr Josef Chociszewski, erhielt in der Fremde **28000** Stimmen, also **11000** Stimmen mehr als im Jahre 1903.

Das polnische Volk in der Fremde hat sich demnach tapfer gezeigt. Die Wahlagitation erreichte die entlegendsten Gegenden, wie dies aus den in unserem Blatte veröffentlichten Resultaten zu ersehen ist. Insbesondere muß die geradezu vorzügliche Organisation in den größeren von Polen bewohnten Ortschaften hervorgehoben werden. In Bochum, Dortmund, Essen, Kastrop, Habinghorst, Wanne, Recklinghausen, Bruch, Borbeck, Bottrop, Oberhausen, Bruckhausen, Hamborn, Marxloh usw. standen vor allen den Wahllokalen der Bezirke Vertrauensleute, in denen Polen in Frage kommen. Überall herrschte der allerbeste Geist; die Vertrauensmänner und die Mitglieder der Wahlorganisationen, vorwiegend Arbeiter, die durch schwere Arbeit ihr tägliches Brot verdienen, widmeten sich dieser Aufgabe unentgeltlich, wofür ihnen Anerkennung gebührt.

Unsere Stimmen werden den Stimmen unserer Brüder in Polen zugezählt werden, was an und für sich schon eine große Bedeutung hat. Dabei haben wir unseren Feinden gezeigt, daß wir am Geiste nicht verfallen und daß wir in großer Zahl vorhanden sind, die wir um unsere Rechte im Staate und in der Kirche kämpfen.

Fast **30000** polnische Bürger in der Fremde protestierten mit ihren Wahlzetteln gegen die Bedrückung, in der zu leben sie gezwungen sind und dokumentierten gleichzeitig, daß sie sich, obgleich weit von der Heimat entfernt, als treue Söhne des Vaterlandes fühlen und daß das Vaterland stets auf sie rechnen kann.

Ehre sei ihnen für eine solche Erfüllung der nationalen und bürgerlichen Pflicht.

Aus sozialdemokratischen Blättern.

Aus Nr. 344 des Naprzód (Krakau) vom 16. Dezember 1906:

Nach der Auflösung des Deutschen Reichstages.

Trotz der seit einigen Tagen verschärften Situation, die durch das Duell Roerens mit Dernburg hervorgerufen worden war, trotz der in der Kolonialwirtschaft ans Tageslicht gekommenen häßlichen Skandale und trotz der

ablehnenden Haltung der Kommission gegenüber den Regierungsforderungen, setzte dennoch niemand voraus, daß die Sachen bis zum Äußersten kommen würden. Vor allem muß man daran denken, daß der Reichskanzler Fürst Bülow seit zwölf Jahren seine Existenz als Kanzler auf die Unterstützung des Zentrums stützt, daß er im Grunde genommen, ein zu unbedeutender Mensch ist, um den Kampf provozieren zu können, und daß sein erster Grundsatz seiner Dienstzeit der war, immer Krisen zu vermeiden. Man muß also den Faktor, der die Krisis zum Ausbruch gebracht hat, wo anders suchen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß dieser Faktor Wilhelm II. selbst ist.

Der Haß Wilhelms gegen die konstitutionellen Institutionen ist allgemein bekannt, wenn diese Institutionen auch noch so wenig einflußreich sind, wie es der deutsche Reichstag ist. In seiner Impulsivität gab der Kaiser häufig zu verstehen, daß er sein „göttliches Recht" durch die Kontrolle und die Mitarbeit „dieser Bande", wie er sich über die Volksvertreter ausdrückte, beschränkt fühle. Im Gefühle seiner Unfehlbarkeit und Allseitigkeit regiert Wilhelm sein von 62 Millionen bewohntes Reich nach seinen augenblicklichen Kapricen. Er fühlt sich dazu berufen, allein das Geschick von Millionen zu lenken, als Oberer und Herr von „Gottes Gnaden". Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, konnte Wilhelm die Opposition des Reichstages nicht ruhig vertragen und noch dazu an seiner empfindlichsten Stelle, in militärischen Angelegenheiten. Der Kaiser konnte es nicht ertragen, daß der Reichstag den weiteren Kredit für die afrikanischen Abenteuer, in denen er kein Heil für den Staat sieht, abgelehnt hat. Er ist der Meinung, daß der Reichstag sein unbeschränktes Disponieren über die bewaffnete Macht einschränken will, daß er ihm Vorschriften über die Zahl der Soldaten, die in Afrika verbleiben sollen, machen will und daß eine derartige „Frechheit" bestraft werden muß.

Worauf spekuliert Wilhelm jetzt? Dies gab Fürst Bülow in seiner letzten Rede zu erkennen. „Die nationalen Interessen, das Ansehen der deutschen Nation gegenüber der Welt", das sind die Losungen, unter denen die Regierung den Wahlkampf zu führen beabsichtigt. Die deutsche Nation dagegen empfindet zunächst das Bedürfnis, die häuslichen Verhältnisse zu regeln; die deutsche Nation hat nähere und größere Schmerzen, als einige Hundert Quadratmeilen afrikanischer Sandwüsten, die von Hottentotten und europäischen „Zivilisatoren" bewohnt sind. Wenn Wilhelm unter dem „nationalen" Banner, auf dem Podbielski und Tippelskirch, Peters und Puttkamer und wie alle jene Mörder heißen mögen, zu sehen sind, in den Kampf ziehen will, dann wird ihm die deutsche Nation ihr Banner entgegenhalten, auf dem geschrieben steht: „Hunger infolge der Schuld der Regierung."

Es wird der Zusammenstoß zweier Welten erfolgen: Auf der einen Seite wird eine einzelne Person stehen, die auf ihr „Recht" vertraut, während sie das Volk und dessen Rechte verachtet, eine Person, die allein die Triebfeder alles Handelns sein will. Auf der anderen Seite wird die ganze Nation stehen, die schon genug von diesen Abenteuern hat, die mit ihrem eigenen Blute erkauft sind, die genug Hunger gelitten hat, zugunsten einer kleinen Clique, die genug hat von der Herrschaft einer unverantwortlichen und unberechenbaren Person. Die Wahlen werden die endgültige Abrechnung zwischen dem Volke und dem Kaiser bringen.

Aus Nr. 5 des Naprzód (Krakau)
vom 5. Januar 1907:

Parteiarchiv.

Die polnische sozialistische Partei (P. P. S.) im preußischen Anteil hat ein Parteiarchiv gegründet und bittet, alle Druckschriften, die im Zusammenhang mit der polnischen sozialistischen Bewegung stehen, einzusenden und zwar unter der Adresse: Emil Caspari, Kattowitz O.-S., Grünstr. 7 II.

Aus Nr. 6 des Naprzód (Krakau)
vom 6. Januar 1907:

Die Londoner Abteilung

der polnischen sozialistischen Partei hat gegenwärtig ihren Sitz: 107 Charlotte Str., London W. Die Mitgliederversammlungen finden jeden Sonntag statt.

Aus Nr. 6 des Naprzód (Krakau)
vom 6. Januar 1907:

Warschauer Briefe.

Skallon ist nach Warschau zurückgekommen — und sofort hat sich eine gewisse Belebung bemerkbar gemacht. Die Vergrößerung der Patrouillen auf den Straßen beweist, daß die Behörden fleißig für die Sicherheit des General-Gouverneurs sorgen. Von Zeit zu Zeit sieht man, wie manche Straßen durch berittene Tataren mit ungeheuren Fellmützen besetzt, wie andere Straßen plötzlich durch militärische und polizeiliche Kordons abgesperrt werden. Das ist das Zeichen, daß Skallon naht, sei es, daß er sich zu irgend einer Regimentsfeier begibt, oder daß er dem Erzbischof Popiel eine Visite macht.

Auch die Zahl der Straßenrevisionen ist größer geworden, welcher Umstand aber auch nicht für einen Augenblick den Kleinkrieg mit den Vertretern der Behörde, die sich in den Händen Skallons konzentriert, unterbrechen kann. Gestern schlug man in Grzybowo einen Gendarmen tot und verwundete einen zweiten schwer, vorgestern tötete man einen Gendarmerie-Wachtmeister in Praga und einen Polizisten in Wola. Aber es fehlt auch nicht an Opfern etwas gröberen Kalibers auf seiten der Regierung. Die Kampforganisation der polnischen sozialistischen Partei hat das Todesurteil vollstreckt an dem Obersten Obruczew, dem Besitzer des Majorats Lukowo bei Siedlec. Obruczew war bekanntlich einer der Organisatoren des Pogroms in Bialystok, und er kühlte nach Verhängung des Kriegszustandes über Lodz auf abscheuliche Weise sein Mütchen an den Lodzer Arbeitern. Dieselbe Kampforganisation der polnischen sozialistischen Partei vollstreckte auch am 30. Dezember in Lublin an dem Agenten der Ortspolizei Kloch das Todesurteil und wenige Stunden später an dessen Busenfreund, dem Agenten Adamczyk, der ein sehr schädlicher Spion war.

Das Werk dieser Kampforganisation der polnischen sozialistischen Partei war auch die Konfiszierung von 2 300 Rbl. Regierungsgeldern auf der Station Dombrowa Gornicza der Weichselbahn. Die letzte Nummer (204) des Organs der revolutionären Fraktion „Robotnik" bringt auch die Quittung über die von der Kampforganisation in Suchodniow konfiszierten Gelder.

Mit einem Worte, Skallon hat durch seine Rückkehr nach Warschau keine Änderungen hervorgerufen, alles ist beim alten geblieben.

Häßliche Gerüchte kommen aus Lodz. Abgesehen von der von Herrn Moritz Poznanski begangenen Aussperrung, durch die einige zehntausend Arbeiter betroffen sind, stehen dort auf der Tagesordnung Morde, die an den Sozialisten begangen werden. Mörderbanden ziehen in der Stadt umher und schlagen am hellen lichten Tage, vor den Augen des ganzen Publikums Arbeiter tot, die verdächtig sind, Anhänger der Sozialisten zu sein. Die bürgerliche Presse nennt dies brudermörderische Kämpfe,

und ihre Leser nehmen an, daß dies zufällige Zusammenstöße zwischen den Sozialisten und den Nationalen sind.

In Wirklichkeit ist dies aber ein Feldzug, der völlig systematisch geführt wird und die völlige Ausrottung der Sozialisten bezweckt. Bewaffnete Mörder dringen in die Arbeiterwohnungen ein und töten dort durch Revolverschüsse und Messerstiche die Familienväter, lauern den Sozialisten auf den Straßen auf, umstellen ihre Wohnungen, rufen die Arbeiter aus den Fabriken heraus und töten sie. Außerdem rühmen sie sich öffentlich, daß sie nicht eher ruhen werden, bis sie alle Sozialisten ausgerottet haben werden. Keiner unserer Genossen ist seines Lebens sicher, weil jene Mörder bekannte Personen als Opfer wählen, wie z. B. Redner in Versammlungen, Delegierte der Fabriken usw.

Diese Banden rekrutieren sich aus den allerverschiedensten Kreisen. Zu ihren Mitgliedern gehören berufsmäßige Spitzbuben und Messerhelden, betörte nationale und christliche Demokraten. Gegenwärtig sammelt unsere Organisation Material an Tatsachen, das die hinter den Kulissen befindliche Triebfeder, die diese Banden vorwärts treibt, enthüllen wird. Es lohnt sich wahl für den Augenblick eine Reihe von Tatsachen anzuführen, die für keinen Menschen ein Geheimnis sind.

Vor allem haben seit einem halben Jahre die Zeitungen der Nationaldemokratie systematisch gegen die Sozialisten gehetzt, und die Aufrufe des „nationalen Arbeiterbundes" haben zum Blutbade aufgefordert. Die Geistlichen hören nicht auf, von der Kanzel herab Drohungen an die Adresse der Sozialisten zu richten. Noch am letzten Sonntag hat sich der Geistliche Bakalarczyk an die Leute damit gewandt, daß sie es später selbst bedauern würden, wenn sie jetzt mit den Sozialisten Mitleid haben würden, weil jetzt die beste Zeit wäre, sie zu vernichten. Dasselbe predigten die Geistlichen Rogozinski und Rembielinski in Zgierz. Als am Freitag eine Mörderbande mehrere, eine gewisse Wohnung verlassende Personen überfiel, dabei 5 Männer tötete und 1 Frau tödlich verwundete, gelang es, einen der Mordbuben zu fassen. Man führte ihn zu den Nationaldemokraten, die aber nichts mit ihm zu tun haben wollten. Man bestrafte ihn mit dem Tode. Sein Sarg war mit Kränzen bedeckt, und eine große Zahl sozialdemokratischer Sokols beteiligte sich an dem Begräbnis. Am 5. Dezember ermordete man zwei unserer Genossen. Entsprechend der Ankündigung, daß solche Mörder als gewöhnliche Banditen angesehen werden würden, bestrafte man den Mörder mit dem Tode. Vor seinem Tode bekannte er, daß er die Adressen der beiden Opfer und Waffen von den Sokols erhalten hätte.

Später ermordeten die Banditen die Genossen Hazenmajer, Twardowski und nach einige andere; unsere Kampforganisation beantwortete dies damit, daß sie zwei Mörder erschoß. Die häßlichsten Dinge passierten in der Wodna- und Miedzianastraße. Dort operierte eine 80 Mann starke Bande, „Hände hoch!" „Zu welcher Partei gehört ihr?" so lauteten die Rufe, unter denen sie an ihre Opfer herangingen. Wer sich als Sozialist bekannte oder erkannt wurde, dem wurde sofort eine Kugel vor den Kopf geschossen. Wenn bei der Durchsuchung eine Parteiquittung oder eine Nummer des Robotnik gefunden wurde, so zog dies den sofortigen Tod des Sozialisten nach sich. Den Getöteten raubten die Mörder die Uhren und das Geld.

Unsere Genossen verteidigen sich so gut sie können, aber die gegenwärtigen Verteidigungsmittel reichen nicht aus.

Die Lodzer Aussperrung hat die Arbeitermassen tief berührt. Das freche Verhalten der Lodzer Fabrikanten hat allgemeine Empörung hervorgerufen. Alle sozialistischen Organisationen fordern zur Hülfeleistung auf.

Heute ist die erste Nummer des „Czerwony Sygnal" (das rote Signal, das Organ der Eisenbahnerorganisation der polnischen sozialistischen Partei, der revolutionären Fraktion) erschienen. Von dem reichen Inhalt sind zu erwähnen die Artikel: „Unsere Aufgaben", „Die Bahnen und die Regierungen", „Aus der Partei"; der Korrespondenzteil ist sehr reichhaltig und interessant. Er schildert das Wachsen der Eisenbahnerorganisation der P. P. S., die erst verhältnismäßig kurze Zeit existiert.

Aus Nr. 9 des Naprzod (Krakau)
vom 9. Januar 1907:

Von der Volksuniversität

erhalten wir nachstehenden, etwas verspäteten Bericht:

Am 9. v. M. fand im Saale des technisch-industriellen Museums in Krakau eine Zusammenkunft der Delegierten der Abteilungen der Adam Mickiewicz-Volksuniversität statt. Außer den Delegierten der Krakauer Abteilung waren erschienen Delegierte aus Przemysl, Lemberg, Gorlic, Neu-Sondz. Aus Wien war der Rechenschaftsbericht eingegangen. Von dem Bericht des Hauptvorstandes und der Abteilungsvorstände wurde Kenntnis genommen und auf Antrag der Revisionskommission dem scheidenden Vorstande Entlastung erteilt. Dem langjährigen Vorsitzenden Professor O. Bujwid, der wegen der Häufung seiner Geschäfte auf eine eventuelle Wiederwahl verzichten mußte, drückte die Versammlung ihre herzlichste Dankbarkeit für seine Arbeit und für die dem Verein gebrachten Opfer aus.

Zum neugewählten Hauptvorstande gehören: W. Chojnowska, W. Feldman, Dr. Grünzweig, Dr. J. Hibl (Przemysl), S. Kelles-Kranz, A. Kiernik, Sulek, M. Ponikiewski, A. Rapaport, M. Rozminkiewicz (Przemysl), M. Kulikowska, S. Zmigrodzki.

In den Aufsichtsrat wurden gewählt: B. Fränkel, Dr. Daszynska-Golinska, H. Radlinska, H. Witkowska, W. Wortmann.

In das Schiedsgericht wurden gewählt: Dr. L. Bruner, Hausner, Kachnikiewicz, E. Lilien, E. Libanski.

Der neue Hauptvorstand wird sich in kurzer Zeit konstituieren.

Aus Nr.10 des Naprzod (Krakau)
vom 10. Januar 1907:

Nationaldemokratische Pädagogik.

Der Przeglond spoleczny bringt eine interessante Nachricht, die lebhaft dafür spricht, von welchem Geiste die nationaldemokratischen Schulen der Macierz beseelt sind. Am 20. Dezember 1906 wurden alle Schüler der drei obersten Klassen des Gymnasiums in Plock, welches von der Macierz unterhalten wird, weggejagt. Die Schüler wurden fortgejagt, weil sie verlangt hatten, daß der leitende Geistliche sie nicht zum obligatorischen Besuch der für die Schüler Sonntags gelesenen Messe zwingen sollte und zum Schreiben der Inhaltsangabe des Unterrichts nach der Messe.

Die Nationaldemokratie bemüht sich, die Schulen gewaltsam zu klerikalisieren und behandelt die widerspenstigen Kinder auf moskowitische Art, nach Art eines Apuchtin.

Aus Nr. 11 des Naprzód (Krakau)
vom 11. Januar 1907:

„Przedswit."

In der Nr.205 des Robotnik, des Organs der polnisch-sozialistischen revolutionären Partei, finden wir die

Nachricht von dem Wiedererscheinen des Przedświt, eines theoretischen Diskussionsblattes. Heft 1 des XXVI. Jahrganges verläßt in diesen Tagen die Warschauer Presse Die Redaktion bittet die Genossen, Arbeiten einzusenden, indem sie erklärt, daß alle Artikel oder programmäßigen Broschüren, die sich zum Drucke eignen, veröffentlicht werden sollen.

Aus Nr. 20 des Naprzód (Krakau)
vom 20. Januar 1907:

Aus der polnischen Presse in Litauen.

Die erste Nummer der polnischen Wochenschrift Topor die in Wilna herausgegeben wird, ist erschienen. In der Einleitung bemerkt die Redaktion, daß der Topor das Organ des bewußten litauischen Proletariats sein wird, daß er dorthin mit seinem Rate hineilen wird, wo der Arbeiter seiner Bedürfnisse noch nicht bewußt ist, wo er noch nicht weiß, was er erstreben, und auf welchem Wege er es erreichen soll.

Aus Nr. 33 des Naprzód (Krakau)
vom 2. Februar 1907:

Herzensergüsse des Herrn von Koscielski.

Der erbärmliche Dichter und unheilbar naive Politiker Josef von Koscielski hat es für unumgänglich notwendig erachtet, einem Korrespondenten der Frankfurter Zeitung seine politischen Anschauungen mitzuteilen. (Es folgt nun eine Inhaltsangabe der Besprechung) . . . . . dieser typische Preuße, der polnisch spricht, ist wirklich prächtig, er erdreistet sich, im Namen der polnischen Nation ein derartiges Glaubensbekenntnis abzulegen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 45 des Słowo Polski (Lemberg)
vom 26. Januar 1907:

Der Schulstreik in Großpolen.

Es ist außerordentlich schwierig, auch nur die annähernde Zahl der gegenwärtig beim deutschen Religionsunterricht nicht antwortenden Kinder anzugeben. Der Schulstreik, eine explosive und elementare Bewegung in des Wortes vollster Bedeutung läßt sich sogar hinsichtlich des von ihm heimgesuchten Landes durch bestimmte Grenzen nicht bezeichnen. In einem Orte beigelegt, bricht er in der Nachbarschaft aus, oder springt noch weiter über, und kehrt das zweite so wie das drittemal zurück, und in Orten, wo man erwartet hat, daß die Regierung die Eltern und Kinder für immer vom Widerstand abgebracht hat, tritt der Streik in viel gewaltigerer Form auf.

Allgemein läßt sich feststellen, daß sich der Widerstand zu Anfang nur im Posenschen gezeigt, und erst nachher nach einigen Monaten Westpreußen umfaßt hat, wo er viel gewaltiger aufgetreten ist und viel tiefere Wurzel geschlagen hat, als im Großherzogtum.

In Oberschlesien sind bisher kaum episodische Fälle von Schulwiderstand vorgekommen. Die die Leitung intelligenter Elemente entbehrende Bevölkerung hat sich zwar wie überall selbst der Kampfesidee um die polnische Sprache in der Schule geneigt gezeigt, soweit sie von der Sache näheres erfahren hat, doch schnell, ohne sich über die Sache orientiert zu haben, hat sie dem gewaltigen Druck von seiten der Polizei und der Regierung nachgegeben (z. B. die Wegnahme der Kinder in Zabrze). Andererseits haben die Leiter der polnischen Kreise mit der Tatsache gerechnet, daß die polnische Arbeiterbevölkerung in Schlesien ein unerhört begeistertes Material ist und, daß wenn die Sache dort wirklich auf der Messerschneide stände, wenn man die Schlesier bewußt zum Kampfe anfeuerte, sie sich schwer in legalen Grenzen hätten halten lassen, auf Gewalttaten und Übergriffe hätten sie mit **Gewalttaten** geantwortet, es hätte also nicht zum Verhauen der preußischen Lehrer, sondern sogar zu **gewalttätigen Ausbrüchen** kommen können.

Aus diesem Grunde hat auch unsere Intelligenz in Oberschlesien ihre Bemühungen, die Bevölkerung über den Schulkampf im Posenschen zu informieren und ihr seinen Charakter und seine Bedeutung zu erklären, vorläufig eingestellt. Daher ist Oberschlesien in dieser Frage bisher abseits, gewissermaßen als **Reserve** geblieben.

Wenn man den Charakter des Schulwiderstandes in Großpolen berücksichtigt, dann muß man die unzweifelhafte Tatsache feststellen, daß sich im allgemeinen die Zahl der widerspenstigen Kinder verringert. Natürlich sind die Informationen der deutschen Regierungsfreundlichen und hakatistischen Blätter, die die Zahl der streikenden Kinder auf einige Zehntausende erniedrigen, durchaus unglaubwürdig, wahrscheinlich ist ihre Zahl, wie sie die polnischen Blätter angeben, höher als 100,000 ; in jedem Falle ist diese Zahl im Vergleich zur Höchstzahl bis heute schon um ungefähr ein Drittel gefallen. Und man darf annehmen, daß sich auch diese Zahl bis Ostern noch bedeutend vermindern wird.

Die Schläge, Wegfall der Pausen (die widerspenstigen Kinder, welche in sogen. Arrestantenrotten eingestellt werden, müssen während der Pausen wie Gefangene mit hinten verschränkten Armen im Kreise herumgehen), die Revisionen, die Protokolle, die Drohungen der Lehrer (den Posener Blättern sind einige Fälle mitgeteilt worden, wo der von Bestialität ergriffene Lehrer zu Beginn des Unterrichts einen Revolver vor sich hingelegt und die Widerspenstigen mit dem Tode bedroht hat), die Zusammenkünfte der Inspektoren, die den Eltern und Gemeinden auferlegten Geldstrafen, die Anträge des Gerichts um Durchführung der Zwangserziehung, die Wegnahme der Elternrechte durch Bestellung besonderer Vormünder, die Wegnahme des Verdienstes und der Arbeit, die Ermüdung durch Gerichtsvorladungen, Gefängnisstrafen, Auflösung öffentlicher Versammlungen, die sich mit diesem Gegenstand befaßten, das Ruinieren der Zeitungen, welche Informationen über den Schulstreik brachten, durch Prozesse, Geld- und Gefängnisstrafen, die an die Adresse der Geistlichkeit gerichteten Drohungen — mit einem Worte, dieses ganz unerschöpfliche Arsenal preußischer pädagogischer Mittel, die auf dem Gebiete des europäischen Schulwesens wirklich ungewöhnlich sind, hatte nirgends einen so guten Erfolg, wie es die höllischen Erfinder berechnet hatten.

Viel stärker hat gegenwärtig (wo außerdem die polnische Meinung ihre ganze Aufmerksamkeit den Reichstagswahlen zugewendet hat) die Besorgnis gewirkt, daß die widerspenstigen Kinder infolge Unmoralität und Frechheit nach den Osterferien nicht in die höheren Klassen versetzt werden — ohne Rücksicht auf den Fleiß und die Auffassungsgabe beim Unterricht, und ferner noch die Besorgnis, daß die über 14 Jahre alten Kinder trotz guter Fortschritte nach den Osterferien nicht vom Unterricht befreit werden.

Diese, heute sehr aktuelle Besorgnis (die deutschen Zeitungen drohen ihre Ausführung allen denen gegenüber, die sich bis zum 1. Februar dem Willen der Regierung nicht unterwerfen), hat wirklich veranlaßt, daß überaus vorsichtige Eltern gegenwärtig zur Aufgabe des Widerstandes hinwirken.

Der preußischen Regierung ist diese Tatsache bekannt; sie verhöhnt gewissermaßen diese polnische „Vorsicht"; es scheint, daß sie auch damit rechnet, daß der kommende Erzbischof in der Neigung, das Vertrauen der Regierung zu gewinnen, der Geistlichkeit verbieten werde, die kirchlichen und bürgerlichen Rechte zu verteidigen.

So wie es zweifellos ist, daß beim normalen Lauf der Dinge der Schulstreik in der Osterzeit sehr abflauen wird, so herrscht umgekehrt in Großpolen auch in dieser Beziehung die entschiedene Sicherheit, daß dies der Zeitabschnitt einer augenblicklichen Krisis, aber nicht im mindesten der Zeitabschnitt eines dauernden Zustandes ist. Nach dem Überdauern des kritischen Moments wird die Bewegung durch neues Feuerungsmaterial belebt werden, und es wird ihr in jedem Falle gelingen, bis zum Herbst auszudauern, und wird sich dann, wenn sich der Standpunkt der Regierung nicht ändert, **noch gewaltiger verbreiten** als wie im verflossenen Jahre.

Diese Sicherheit wird man begreifen, wenn man berücksichtigt, daß der Streik ohne Unterbrechung nur in sehr wenigen Ortschaften ausdauert (und in diesen Ortschaften hat er die polnische Bevölkerung wirklich zu einer unerhörten Hartnäckigkeit in der Verteidigung ihrer Rechte zu sehr seltenen und schönen Beispielen von Opferwilligkeit und Unbeugsamkeit gegen jede Art von Repressalien geführt: die zur Geldstrafe verurteilten Eltern, welche die Gerichte mit Hunderten von Prozessen überschütten, zahlen nach dem Urteil, aber beharren weiter auf ihrem Standpunkt), im allgemeinen aber, wie schon erwähnt worden ist, nur von Zeit zu Zeit nachläßt, und zurückkehrt, wo sich nur ein geeigneter Augenblick bietet.

Diese Sicherheit kann die Besorgnis nicht erschüttern, welchen Standpunkt der kommende Erzbischof einnehmen wird. Die Geistlichkeit weiß sehr wohl, daß sie auf dem Boden der durch Staatsgesetz garantierten Konzilbeschlüsse steht, daß die Verteidigung der nationalen Rechte auch gleichzeitig eine Pflichterfüllung gegenüber dem Gewissen ist, die Geistlichkeit weiß, daß wenn sogar der kommende Erzbischof (obwohl es schwer anzunehmen ist), diesen Boden verlassen sollte, er dies unter einem moralischen Zwange tun würde, und durch diesen Zwang würde sie sich nicht verpflichtet fühlen, und schließlich, wenn sich sogar ein Teil des höheren Klerus zur Neutralität bewegen lassen sollte (obwohl es auch in dem höheren Klerus nicht an Männern von großer Hingebung und Ausdauer fehlt), würde die Gesammtheit der Geistlichkeit, die in fortwährendem Kontakte mit dem Volke steht, dem bisherigen Standpunkte gewiß treu bleiben.

Entscheidend aber für diese Sicherheit, daß sich der gegenwärtig im Abflauen begriffene Schulstreik nicht verzehrte und daß er nicht erlöschen wird, ist ein allgemeines gutes Verständnis dafür, daß sein ganzer bisheriger Verlauf in jedem Falle für die polnische Sache zweifellos vorteilhaft und für die Deutschen zweifellos schädlich ist.

In einer kürzlich abgehaltenen Kreislehrerkonferenz hat der Schulinspektor, der den Versammelten die Desorganisation der preußischen Volksschule vor Augen führte, u. a. anderem gesagt:

„Leider sind die Erfolge und Errungenschaften einer schweren und mühseligen Arbeit von vielen Jahren unwiederbringlich verloren gegangen, — und es wird eine längere Zeit und ausdauernde sowie erschöpfende Arbeit erfordern, um die Stellung zurückzuerobern, die durch den Schulstreik verloren gegangen ist."

Ein preußischer Pädagoge darf sich noch solcher Selbsttäuschung hinheben; aber wenn irgend je, so steht es schon heute fest, daß die preußische Schule die Seele des polnischen Kindes, welche sie sich übrigens noch nie ganz erobert hat, von jetzt an überhaupt nicht mehr bekommen wird. Von einem Vertrauen zum Lehrer, zur Schule und zur Regierung ist in Zukunft keine Rede mehr. Der vorhandene Abgrund hat sich gegenwärtig in die Unendlichkeit vertieft.

Auch der preußische Pödagogenstand ist desorganisiert. Das Nervensystem des preußischen Lehrers, des den „Erziehungsdienst" erfüllenden Polizeiunteroffiziers ist durch den fortwährenden Krieg mit den Kindern und durch die Angst vor den Eltern stark angegriffen. Sogar die Ostmarkenzulagen üben auf den trefflichen Erzieher keine Anziehungskraft mehr aus. Das Gewissen quält ihn zwar nicht sehr, aber er möchte mehr Ruhe haben. Aus diesem Grunde hat in den letzten Zeiten der Andrang von Leuten von preußischer Gesinnungs- und Umgangsart zu den Lehrerpräparandien in unerhörter Weise nachgelassen. Aus diesem Grunde mehren sich auch die Gesuche der Lehrer um Versetzung in die Heimat.

Auch der Heiligenschein der ritterlichen Regierung Kaiser Wilhelms II. ist sogar in den Augen der Kinder verblaßt, die sich entschieden haben, sich dem Eigenwillen seiner Berater entgegenzustellen.

Jene Berater aber selbst, die ihre Ehre in diese Sache gelegt haben, bedecken gegenwärtig noch die Niederlagen ihres mit den polnischen Kindern begonnenen Krieges; aber sie sind nicht sicher, ob sie diese Krisis beenden werden. Auf polnischer Seite hat der Schulstreik dagegen sicher, abgesehen von kleinen materiellen Verlusten und der Leiden der Kinder, zu sehr positiven und sehr großen Ergebnissen geführt. Der in der Gefühlssphäre begonnene Streit, der anfänglich vornehmlich den Glauben zum Gegenstand hatte, **hat sich mit einem Male auf nationale Boden übertragen; er hat stärker als die ganzen Jahre langsamer bürgerlicher Arbeit die Kampfesidee um die nationalen Rechte gehoben, und er hat das politische Bewußtsein unter der ländlichen Bevölkerung gestärkt und gekräftigt. Diese namentlich in nationaler Beziehung vorteilhaften Errungenschaften des Schulstreiks werden, trotz des augenblicklichen Abflauens, über die Weiterführung des Kampfes bis zum Siege entscheiden müssen.**

Aus Nr. 39 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 23. Januar 1907:

Ein offener Brief an das Schweizervolk.

(Die Zeitungen in der Schweiz haben unter dieser Überschrift einen Aufruf des Oberst Sigismund Milkowski [T. T. Jez] veröffentlicht. Da der Aufruf in jeder Beziehung Beachtung verdient, bringen wir ihn im Wortlaut.)

Freie Bürger des freien Schweizerlandes!

Die halbamtliche preußische Zeitung Die Post hat an hervorragender Stelle eine Korrespondenz aus dem schweizerischen Bern veröffentlicht, die Mitteilungen über Verhandlungen zwischen der deutschen Gesandtschaft in Bern und der schweizerischen Regierung enthält, betreffend die Verschwörungen, die von den hiesigen polnischen Emigranten gegen den Bestand des Deutschen Reiches geschmiedet sein sollen.

Da ich seit 35 Jahren die Gastfreundschaft der Schweiz in Anspruch nehme und da ich mit dem größten Teil der polnischen Emigranten, mit der an den hiesigen höheren Lehranstalten sich bildenden polnischen patriotischen Jugend enge Beziehungen unterhalte, halte ich es für meine Pflicht, den Insinuationen der vom Haß gegen unsere Nation geblendeten Zeitung entschieden entgegenzutreten.

Als Mitbegründer der polnischen Nationalliga erkläre ich, daß diese Organisation sich gegenwärtig nicht

nur nicht mit der Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes in irgend einem Landesteil Polens beschäftigt, sondern daß sie sogar im Gegenteil alle Absichten dieser Art ganz energisch bekämpft. Als Beweis hierfür können die Aufrufe dienen, die von dem Zentralkomitee der Nationalliga am 5. und 8. Februar 1905 in Warschau veröffentlicht worden sind.

Andererseits nimmt die Nationalliga die studierende Jugend grundsätzlich nicht in ihre Reihen auf. Deshalb ist auch die Möglichkeit vollkommen ausgeschlossen, daß ein Teil dieser sich in der Schweiz aufhaltenden Jugend irgend einen Anteil an den aktiven Arbeiten der Nationalliga und der sich um diese gruppierenden nationaldemokratischen Partei nehmen kann.

Als Ehrenmitglied der Vereinigung der polnischen Jugendvereine im Auslande (Zjednoczenie Towarzystw Mlodziezy Polskiej zagranicom), als Teilnehmer an jener letzten Zusammenkunft in Freiburg, als Mann, der von den hakatistischen Sphären persönlich angegriffen worden ist, bin ich gezwungen, nicht aus Rücksicht auf mich, sondern aus Rücksicht auf unsere Jugend, die auf dem Boden der Schweiz Gastfreundschaft genießt, zu ihrer Verteidigung möglichst energisch aufzutreten.

Seit langer Zeit ist die polnische Jugend, besonders aus dem russischen Anteil, gezwungen, Wissen außerhalb der Grenzen des Heimatlands zu suchen. Die russische Regierung, die die Bedürfnisse unserer Volksgesamtheit feindlich behandelt, hat die Lehranstalten, die zur Verbreitung der Kultur bestimmt sind, in Polen in Pflanzstätten der Russifizierung verwandelt, sie hat sie nicht mit Lehrern, nicht mit Professoren besetzt, sondern mit Büreaukraten, die mit dem Unterricht nichts gemeinsames haben. Seit vielen Jahren hat sich also die polnische Jugend an eure höheren Lehranstalten gewandt, die das Wissen auf dem klassischen Boden der politischen Freiheit verbreiten. Die Sympathie für das demokratische Schweizervolk hat sie aus den Erinnerungen an Kosciuszko, den Helden zweier Welten, geschöpft, der unter euch gestorben ist, aus den Werken ihrer hervorragendsten Dichter, wie Adam Mickiewicz, Julius Slowacki, Sigismund Krasinski, von denen der erste längere Zeit in der Lausanner Akademie unterrichtet hat. Durch ihre Mitwirkung gingen die Helden der Schweiz, Winkelried und Wilhelm Tell, in die polnische Poesie über und mit dieser in das Gebiet der Schwärmerei der polnischen Kinder, bei denen sie neben Sobieski, Kosciuszko, Josef Poniatowski standen.

In Rapperswil befindet sich unter dem Schutze eines der Kantone der Schweiz in einem altertümlichen Schlosse das polnische Nationalmuseum, das in seinen Mauern das Herz Kosciuszkos birgt; die Aufschrift auf dem Sockel der im Schloßhofe befindlichen Säule lautet:

„Der unzerstörbare polnische Geist, der durch einen hundertjährigen blutigen Kampf gegen die ihn bedrückende Übermacht protestiert hat, ruft von der freien Erde der Schweiz aus die Gerechtigkeit Gottes und der Welt an.

Seit $1^1/_2$ Jahren begann zahlreicher als bisher unsere Jugend euren für alle offen stehenden Unterrichtsanstalten zuzuströmen. Dies geschah nicht ohne wichtige Gründe. Mit dem Augenblick, als die Revolution in Rußland ausbrach, die bis jetzt andauert, nutzte die Jugend, die sich in den mittleren und höheren Unterrichtsanstalten des Königreichs Polen bildete, diesen Umstand aus und erklärte der russifikatorischen Schule den Krieg, indem sie ihr gegenüber den rücksichtslosen Boykott in Anwendung brachte. Dieser Kampf, der sowohl seitens der Jugend, als auch seitens der Eltern unzählige materielle und moralische Opfer erforderte, erbrachte bereits einen teilweisen Triumph Die Regierung entschloß sich, den polnischen Unterricht in Privatschulen zuzulassen und die Büreaukraten, die sich Professoren der Warschauer Universität und der technischen Hochschulen nannten, in das Innere Rußlands zu versetzen.

Man muß annehmen, daß der Kampf, der der entnationalisierenden und demoralisierenden Schule erklärt worden ist und der gegenwärtig von der polnischen Volksgesamtheit mit vereinten Kräften geführt wird, mit einem endgültigen Siege entschieden werden wird und daß die Polen, die ebenso wie die andern Untertanen der Anteilstaaten ihre Steuer an Gut und Blut zahlen, eine polnische Unter-, Mittel- und Hochschule erhalten werden, die den Forderungen des nationalen Geistes und den Anforderungen der Wissenschaft der Jetztzeit entspricht.

Bis jedoch dieser Sieg erreicht werden wird, ist unsere Jugend gezwungen — und es ist nicht bekannt, wie lange sie noch dazu gezwungen sein wird — eure vortrefflichen Unterrichts-Anstalten in Anspruch zu nehmen. Die gastfreundliche Aufnahme, die den polnischen Studenten seitens der hiesigen Bevölkerung zuteil wird, die Rücksichtnahme der Professoren auf die Mängel der Vorbereitung zu den höheren Studien, die durch die büreaukratische russische Schule veranlaßt worden sind — erfüllen die Herzen der Alten und der Jungen mit dem Gefühl tiefer Dankbarkeit.

Unsere Dankbarkeit zeigen wir, wie wir können und verstehen: durch Wort und Tat.

Ihr Bürger der Schweiz!

Vor vier Jahren hat sich der uns gegenüber ständig in Anwendung gebrachte barbarische Druck der germanisatorischen preußischen Regierung in äußerst greller Form in der bekannten Wreschener Affaire geäußert, der Prozeß, der von dem Gnesener Gericht den Eltern gemacht wurde, die ihre Kinder vor den Stockschlägen der Henker schützten, die dafür als Belohnung die sogenannte Ostmarkenzulage erhielten, enthüllte den erstaunten Augen der zivilisierten Welt im Lichte unbedingter Tatsachen den speziellen Wert des preußischen Schulsystems gegenüber den Polen.

Die polnische Volksgesamtheit beschloß unter dem Einfluß einer leicht zu begreifenden Entrüstung, die unser Land überflutenden Fabrikate der preußischen Industrie zu boykottieren und sie in den Industriezweigen, die sich durch die Produktion polnischer Fabrikate nicht ersetzen lassen, durch Fabrikate uns wohlgesinnter Nationen zu ersetzen. Die in dieser Richtung betriebene Agitation hatte, soviel uns bekannt ist, den Erfolg, daß renommierte schweizerische Firmen wie „Oerlikon", Gebrüder Sulzer und andere die Fabrikate der preußischen Industrie zum Teil von den polnischen Märkten verdrängten.

Heute hallt die Presse der ganzen zivilisierten Welt wiederum von Entrüstungsrufen über die neue Barbarei der preußischen Regierung wider, die sich ihrer Kultur und ihres Mutes rühmt und die dennoch das vergißt, daß sie es mit dem Zweige einer Nation zu tun hat, die über 20 Millionen zählt, die eine eigene, Jahrhunderte alte Kultur besitzt, die der deutschen nichts nachgibt, die zur Beschämung der deutschen Demokratie mit den polnischen Kindern kämpft um . . . . die Sprache des Gebetes in den Elementarschulen . . .

Ihr schweizerischen Industriellen, benutzt die Gelegenheit, verdrängt auch weiterhin die Produkte der preußischen Industrie von den polnischen Märkten, knüpfet mit polnischen Firmen durch Vermittelung eurer Konsule Verbindungen an. Auf Grund bestimmter Anzeichen, die nicht ausschließlich aus sentimentalen Quellen geschöpft sind, kann ich euch die gastfreundliche

Aufnahme, die eure Vertreter in den polnischen Landen finden werden, verbürgen.

Nach unserer Überzeugung werden wir euch, ihr Bürger der Schweizer Föderation, das unserer Jugend erwiesene Wohlwollen am besten dadurch vergelten, daß wir uns streng an die Gesetze des Landes, in dem wir weilen, halten und daß wir den Schweizern, die das Geschick in unsere Länder verschlagen hat, die gleiche Gastfreundschaft erweisen.

An dieser Stelle hebe ich mit Genugtuung hervor, daß die Neutralität des schweizerischen Territoriums von der polnischen patriotischen Jugend auch nicht einmal verletzt worden ist und daß es für sie ein Ehrenpunkt ist, unter den Kollegen die Achtung vor dem Gesetz und vor den örtlichen Gebräuchen zu verbreiten.

Unsere Dichter haben in eurem bezaubernden Vaterland häufig den Stoff zu poetischen Schöpfungen gefunden; Generationen von Ingenieuren, Ärzten, Männern der Wissenschaft verbreiten in den polnischen Ländern den Ruhm eurer Unterrichtsanstalten; auch die jetzige Generation unserer Jugend blickt mit Bewunderung auf eure sozialen Institutionen, auf eure einfachen und sympathischen Sitten, auf die hohe Kultur des Landes, die ihm die demokratische gesetzlich-politische Verfassung verschafft. Diese Jugend wird euer Land mit denselben Gefühlen verlassen, mit denen ihre Vorgänger die Schweiz verlassen haben.

Bürger der edlen Nation! Als am 5. November 1905 das polnische Volk nach einem vierzigjährigen, alljährlich immer stärkeren Drehen der Schraube der tierischen Bedrückung, zum ersten Male seine nationalen Gefühle zum Ausdruck bringen konnte und in einem 200 000 Menschen zählenden Zuge auf die Straßen Warschaus trat, hat dieses Volk, berauscht durch den Anblick seiner Standarten, unter denen es für die Freiheit und für die Gerechtigkeit gekämpft hatte, die erste sich ihm darbietende Gelegenheit ausgenutzt, um, an einer Fahne der Schweiz, die von einem Balkone herabwehte, vorübergehend, mit dem Rufe: „Es lebe Polen" den Ruf: „Es lebe die Schweiz" zu verbinden.

Mit diesem innigen Wunsche für das Wohlergehen der Schweiz endet auch mein Aufruf an euch, ihr Bürger, in welchem ein alter Mann, der in seinen jungen Jahren ein Kämpfer für die Unabhängigkeit des Vaterlandes war, seine jungen Stammesgenossen eurer Nachsicht empfiehlt.

Zürich, den 22. Januar 1907.

Sigismund Miłkowski, Oberst.

Aus Nr. 53 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 31. Januar 1907:

Nach den Wahlen.

Berlin, den 28. Januar 1907.

Die Regierung hat bei den Hauptwahlen zum deutschen Reichstage am 25. Januar d. J. eine große Niederlage erlitten! Dies ist die tatsächliche Sachlage, welche der ruhige Beobachter, trotz des ganzen Enthusiasmus der Berliner breiten Bevölkerungsschichten, trotz des Triumphgeschreis der Presse, sogar trotz der Ansicht der Auslandspresse feststellen muß.

Am 13. Dezember 1906 stimmten gegen die Regierung: die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Polen und kleinere Parteien (die Dänen, Welfen, Elsässer); für die Regierung: die Konservativen, die Liberalen und die Freisinnigen verschiedener Schattierung. Aus der Wahlurne aber gingen am 25. Januar d. J. hervor: von der Opposition 149 Abgeordnete (89 Zentrumsparteiler, 30 Sozialdemokraten, 19 Polen, 11 Welfen, Dänen, Elsässer) und aus den Reihen der Regierungsanhänger 90 (61 Konservative verschiedener Bezeichnungen, 20 Nationalliberale, 9 Freisinnige und Volksparteiler). Die Opposition ist demnach um 58 Stimmen stärker!

Weshalb also diese Freude in Berlin, weshalb diese Volksmenge mit Ovationen vor dem Reichskanzlerpalast und dem der kaiserlichen Familie? Weshalb diese Triumphe und gegenseitigen Beglückwünschungen der deutschen Presse? Waren das vielleicht alles künstliche Veranstaltungen?

Nein! Ich sah am Freitag nachts eine nach tausenden zählende Volksmenge Berlins, die vor dem „Lokal-Anzeiger" auf Nachrichten von den Wahlergebnissen wartete. Es ist 9 Uhr abends. Riesige Volkshaufen, tausende von Menschen, was sind das für Bevölkerungsschichten? Mittlere: Stadtbürger, Kaufleute, Industrielle, Studenten, Arbeiter. Sie warten seit einigen Stunden — die Tafel aber, auf welche der Reflektor die Namen der neuen Volksvertreter werfen soll, ist fortwährend leer. Allgemeine Ungeduld. Endlich: „Altona gewählt: Frohme (Sozialdemokrat)". Stille, tiefe Stille. In weiter Ferne ein Ruf: Hoch! die Tafel ist wieder leer. Nun aber: „Berlin III, gewählt: Heine (Sozialdemokrat)," einige Beifallsrufe. Ein neues Bild: „Berlin IV, gewählt Singer (Sozialdemokrat)." In der Menge entsteht ein dumpfes Murmeln und Pfeifen. Hierauf ein Intermezzo. Auf der Tafel steht: „Ostrowo, gewählt Fürst Radziwił (Pole). Stille. Jetzt aber: „Biberach, gewählt: Erzberger (Zentr.) Pfeifen. Dann wiederum: „Nürnberg, gewählt: Südekum (Sozialdemokrat)."

Dies war schon für die Volksmenge zu viel. Wie auf ein gegebenes Zeichen, entstand ein solcher Lärm, ein solches Zischen und Pfeifen, es fielen derartige Worte der Unzufriedenheit, der Enttäuschung und Furcht, daß der, welcher sie sah und hörte, das zweite Extrem, in welches dieselben Volkshaufen verfielen, verstehen wird, wenn nach den Hiobsnachrichten solche eingingen, wie: „Königsberg: der Sozialdemokrat ist durchgefallen," „Breslau: Bernstein ist durchgefallen," Halle: der Sozialdemokrat — gefallen usw. usw., eine Niederlage der roten Standarte nach der anderen, ein Sieg der vereinten deutsch-nationalen Parteien nach dem anderen.

Der heutige Triumph ist nur eine Reaktion gegen die große Angst, gegen die große gedrückte Stimmung, eine ebenso übertriebene Reaktion, wie es vorhin die Angst war. —

Aus Nr. 30 des Kuryer Poznański (Posen) vom 6. Februar 1907:

Lemberg, 4. Februar 1907.

Im hiesigen Rathause hat gestern eine Versammlung stattgefunden, an welcher der Stadtpräsident Dr. Michalski, der Vizepräsident Ciuchciński, die Stadtverordneten, die Abgeordneten und die Professoren der Universität teilnahmen.

Nach einer sehr lebhaften Diskussion über die Lage der Polen im preußischen Anteil, wurde eine Resolution angenommen, in welcher der Boykott der preußischen Waren und der deutschen Sprache in der Handelskorrespondenz, sowie die Auflösung sämtlicher deutscher Privatschulen in Galizien beschlossen wurde. Ferner wurde beschlossen, gegen das weitere Bestehen des Dreibundes zu protestieren.

Aus Nr. 50 des Slowo Polskie (Lemberg) vom 30. Januar 1907:

Der Schulstreik in Großpolen.

Eine Volksversammlung in Tarnopol.

Trotzdem die Versammlung im letzten Augenblick einberufen wurde, waren große Volkshaufen erschienen. Eine wirklich erfreuliche Erscheinung war es, daß große Scharen unserer Landbauern trotz des Frostes und der jeglichen Verkehr aufhebenden Schneeverwehungen nicht nur aus der Umgegend, sondern auch aus weiter Ferne zu der Versammlung so zahlreich erschienen, daß der Sokolsaal die Versammelten kaum fassen konnte.

Auf Vorschlag des Dr. Emil Schmidt wurde Oberingenieur Keßler zum Vorsitzenden, die Herrn Puzak und Tomaszewski zu Stellvertretern ernannt.

Den ersten Vortrag über „das Verhältnis Preußens zu Polen" hielt St. Srokowski. Redner gab eine kurze geschichtliche Übersicht über die Entstehung und Entwickelung der preußischen Monarchie und schilderte hierauf die heutigen Verhältnisse in denjenigen Landesteilen des ehemaligen Polenreiches, welche der preußischen Monarchie zugefallen waren.

Den großpolnischen Schulstreik in seiner ganzen Tragik schilderte mit gewohntem Redefluß und großer Ergriffenheit Herr J. Zamorski. Das preußische System welches mit einer solch widerwärtigen Rücksichtslosigkeit zur Verwendung kommt, welches mit wahrhaft teutonischer Verbissenheit nach dem Grundsatze „Macht geht vor Recht" nach den teuersten Schätzen der polnischen Gesellschaft die Hand ausstreckt, trat in dem Vortrage des Zamorski äußerst plastisch in die Erscheinung und rief unter den erschienenen breiten Bevölkerungsschichten wahre Verachtung hervor.

Zamorski brachte hierauf die drei bekannten Resolutionen in Vorschlag, welche von den Versammelten durch Erheben von den Sitzen einstimmig angenommen wurden. Den Schluß der Versammlung bildeten: eine Rede des Bauers Dlugolaty und das Absingen nationaler Lieder.

Aus Nr. 6 des Słowo Polskie (Lemberg) vom 4. Januar 1907:

Betrifft den Schulstreik.
Versammlung in Glogowo (Galizien).

Am 1. d. Mts. fand im Sokolsaale eine von den Herren T. Stanisch und R. Menerka einberufene Volksversammluing statt, in welcher die Verfolgung der polnischen Schulkinder im preußischen Anteil besprochen werden sollte.

Der am Orte wohnende Notar T. Stanisch eröffnete die Versammlung, worauf er einstimmig zum Vorsitzenden und der Bürger Karl Nikodemowicz zu dessen Stellvertreter ernannt wurde.

Hierauf hielt R. Menerka einen Vortrag über „die polnische Gesellschaft im preußischen Anteil". In kurzen aber bündigen Worten entwarf er ein Bild von der geistigen und materiellen Bedrückung, unter welcher die Polen in Preußen leiden müßten.

Die Versammlung nahm einstimmig die nachstehende Resolution an:

1. „Die Versammelten drücken den polnischen Kindern, welche im preußischen Anteil für die Rechte der Nation und der Kirche an dem Religionsunterricht in der Muttersprache eintreten, ihr inniges Beileid und ihre Bewunderung aus.
2. „Die Versammelten fordern die polnische Gesellschaft auf, preußische Waren nicht zu kaufen und für die Kinder und Familien, welche den preußischen Verfolgungen zum Opfer fielen, Beiträge zu sammeln.
3. „Die Versammelten protestieren dringend gegen den Dreibund, dessen Fortbestand eine Beleidigung der heiligsten Gefühle der polnischen Nation bildet."

Nach der Versammlung wurde für die betreffenden Kinder und Eltern eine Sammlung veranstaltet, deren Ergebnis 20 Kronen war, welche der Redaktion des Slowo Polskie übersandt wurden.

Bei dem Auseinandergehen wurde in feierlicher Weise „Boże coś Polskę" (Gott der du Polen) gesungen.

Aus Nr. 8 des Czas (Krakau) vom 10. Januar 1907:

Die Preußen gegen Raclawice.

Wie wir erfahren, konfiszieren die preußischen Behörden das bekannte Bild „Raclawice" von Chelmonski, daß von dem Verein der Freunde der schönen Künste in Krakau an die in der Provinz Posen wohnenden Aktionäre versandt wurde. Es ist auch der Vereinskanzlei ein Brief des Königlichen Amtsgerichts in Ostrowo zugegangen, in welchem mitgeteilt wird, daß die an den Vergolder Pempinski abgesandte Prämie eingezogen worden sei, „weil sie in einer die öffentliche Ruhe und Ordnung störenden Weise verschiedene Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten aufgereizt habe." Derartige Konfiskationen müssen die polnische Bevölkerung mehr gegen die preußischen Behörden aufreizen, als ein Bild, welches eine geschichtliche Begebenheit darstellt, die kein Amtsgericht aus dem Gedächtnis beseitigen kann.

Aus Nr. 344 des Kuryer Warszawski (Warschau) vom 13. Dezember 1906:

Aus den Memoiren eines preußischen Polizisten.

In dem Artikel wird die bekannte Broschüre des früheren Polizeikommissars Stephany-Straßburg besprochen. Zum Schlusse heißt es:

.....Wenn sich auch im Posenschen ein reuiger Polizist, der von der Liebe zur Literatur durchdrungen ist, finden sollte, dann werden die von ihm veröffentlichten Memoiren zweifellos völlig das verdunkeln, was Stephany in Elsaß-Lothringen gesehen hat.

Aus Nr. 344 des Kuryer Warszawski (Warschau) vom 13. Dezember 1906:

Polska Macierz Szkolna.

Die Polska Macierz Szkolna zählt in unserem Lande bereits **416 Vereine mit über 60 000 Mitgliedern.**

Aus Nr. 346 des Kuryer Warszawski (Warschau) vom 15. Dezember 1906:

Für die polnischen Kinder.

Aus Paris berichtet man uns unterm 13. Dezember 1906:

Gestern abend fand hier eine öffentliche Versammlung statt, an der 3000 Personen teilnahmen.

Es wurde einstimmig eine Resolution angenommen, in der gegen die unerhörte Bedrückung der Polen in Preußen protestiert wurde.

In der Resolution wurde auch den 125 000 polnischen Kindern als kleinen Märtyrern Anerkennung ausgesprochen.

Die Versammlung fand unter dem Patronat der katholischen Arbeiterliga statt. An ihr nahmen ferner teil Redner aller französischen Parteien, sodann auch noch Delegierte aus dem Elsaß.

Aus Nr. 49 des Kraj (Petersburg) vom 21. (8.) Dezember 1906:

Die Lage in Großpolen.

Der Horizont über unseren Häuptern klärt sich auf. Von einem Nachlassen der Ausrottungsmaschine ist zwar keine Rede. Diese arbeitet weiter mit unveränderter Genauigkeit, und noch nicht so bald werden die Hände, welche sie lenken, sich dazu entschließen, ihre Bewegung einzuhalten. Unabhängig aber von diesen oder jenen Absichten, fangen oben die äußeren Verhältnisse, welche auch auf unser Schicksal einen bedeutenden Einfluß ausüben können; die Verhältnisse im deutschen Reiche selbst an, sich günstig zu gestalten.

Die Auflösung des Reichstages begrüßte ganz Großpolen mit aufrichtiger Freude. Die Wahlen zu dem neuen gesetzgeberischen Körper des Reiches werden unter der Losung des Umsturzes des Kurses der bisherigen deutschen Staatspolitik stattfinden, und der integrale Teil dieses Kurses ist nichts anderes, als die Polenpolitik. Diese muß auf der Bildfläche der Wahlkämpfe erscheinen. Die mächtige Partei deutscher Katholiken sieht recht gut ein, daß sich in diesen Kämpfen ihr Schicksal entscheiden werde. Die Verminderung der Anzahl der Mandate, die Verdrängung von der jetzt dominierenden Stellung im Reichstage könnte für das mächtige und heute noch entscheidenden Einfluß ausübende Lager etwas mehr bedeuten, als eine vorübergehende Niederlage. In einer derartigen Lage wird das Zentrum alle verfügbaren Trümpfe ausnutzen, und unter ihnen gewinnt der polnische Trumpf eine besondere Bedeutung. Dasselbe werden übrigens zweifellos auch die anderen, mit den autokratischen Bestrebungen des Kaisers und seiner Ratgeber unzufriedenen Gruppen und Parteien tun. Die großpolnischen und kolonialen Skandale werden ein allzu dankbares Material für die regierungsfeindliche Aktion bilden, um sie unbeachtet zu lassen. Bei uns sind zwar solche Orgien, wie sie in den exotischen deutschen Besitzungen vorkommen, nicht möglich; doch auch bei uns fließt das in schändlichster Weise in dem Tempel der Wissenschaft und in einem Lande, in welchem doch Ruhe herrscht, vergossene Blut. Diese Skandale haben ebenfalls die örtliche Bedeutung verloren. Ganz Europa spricht von ihnen; die den Deutschen nicht gewogene öffentliche Meinung an der Seine und Themse beschäftigt sich immer eifriger mit ihnen, und fremde Journalisten kommen als Spezialberichterstatter zu uns mit scharfzugespitzten Federn. Bilder, welche die kleinen, von dem preußischen Henkerslehrer gemißhandelten polnischen Märtyrer darstellen, füllen die illustrierten Blätter des Auslandes, die Angelegenheit, betreffend des Gebet in der Muttersprache, hat jenseits der deutsch-preußischen Grenzpfähle eine ganze Reihe hervorragender Gemüter in Bewegung gesetzt. Großpolen steht jetzt mehr auf der Bildfläche der Welt, als zur Zeit der Wreschener Kravalle. Dies weiß die deutsche Opposition, welche durch die Selbstherrschaft der Regierung und durch die ihr vom kaiserlichen Schlosse herab ins Gesicht geschleuderten beleidigenden Worte erbittert ist, und sie wird dieser Umstand sicherlich mit der größten Gewissenhaftigkeit zu ihren Zwecken ausnutzen. Wir können dabei nichts verlieren — aber viel gewinnen. Vor allen Dingen werden wir das gewinnen, daß die öffentliche Meinung der deutschen Nation, welche von den in ganz Deutschland grassierenden hakatistischen Fälschern irregeführt wird, in geeigneter Weise über unsere Verhältnisse informiert wird.

Solche Verhältnisse, unter welchen das „Auseinanderjagen" der parlamentarischen „Bande" zustande gekommen ist, können wir dreist als unseren Gewinn verzeichnen. Die Stimmen der polnischen Abgeordneten haben das Los der Kolonialkredite und das des Reichstages entschieden. Die polnische Fraktion befand sich nicht zum erstenmal in der Rolle des Züngleins an der Wage. Hätte sie ihre Stimmen auf die Regierungswagschale geworfen, so hätte die Regierung die Sache gewonnen. Sie hat es nicht getan und die „Bande" mußte auseinandergejagt werden. In diesem kritischen Augenblick mußte Kaiser Wilhelm sich sicherlich an die längst begrabene Ära seiner Versöhnungspolitik den Polen gegenüber und an die analoge Abstimmung betreffs der Kredite für die deutsche Marine erinnern. Wenn die Regierung jetzt am 25. Januar besiegt aus den Neuwahlen hervorgehen sollte, so würde dies ein Akt der geschichtlichen Nemesis sein, welche sich für das uns zugefügte Unrecht und für die Zurückweisung unseres guten Willens, mit den Deutschen in der preußischen Monarchie in Frieden zu leben, rächt.

Auch die Zusammensetzung unserer Vertretung in Berlin selbst kann durch die Auflösung des Reichtages gewinnen. Die Wahlen der neuen Abgeordneten werden zum erstenmal seit undenklicher Zeit im Winter stattfinden, wo Hunderttausende unserer Sachsengänger zu Hause sein werden und durch ihre Stimmen die Aussichten der nationalen Kandidaten heben werden. Sie werden in einem für uns psychologisch ungeheuer wichtigen Augenblick, nämlich dem der durch die Schulverhältnisse hervorgerufenen hohen Spannung des Oppositionsgeistes stattfinden. Die Gewinnung einiger oder gar mehrerer neuer polnischer Mandate ist unter diesen Umständen sehr leicht möglich.

Wir haben auch Ursache, unsere Chancen bei der Besetzung des erzbischöflichen Stuhles von Posen durch einen polnischen Kandidaten als bedeutend gebesserte zu betrachten. Die Angelegenheit wird zwar nicht so bald entschieden werden, die in Betracht kommenden Ereignisse jedoch können zu deren für uns günstigen Erledigung beitragen. Die Verwaltung der beiden Diözesen befindet sich zur Zeit in polnischen Händen, um die Zukunft können wir fast unbesorgt sein.

Das Drama unseres Loses geht schnell vorwärts. Die polnische Eintagsdebatte im Reichstage ist bereits vergessen. In diesem Augenblicke befinden sich die von der Rednertribüne des Reichstages von dem Abgeordneten v. Czarlinski unseren Bedrückern ins Gesicht geschleuderten scharfen Worte in jedermanns Munde und morgen — morgen werden wir den Wahlkampf beginnen, zu welchem alle Kräfte mobil gemacht werden. Unter solchen Verhältnissen, wie die unserigen, nimmt die agitatorische Seite des Wahlkampfes allein die Bedeutung eines nationalen Vorteils an. Der Widerstand der 120 000 Schulkinder dauert ungeschwächt fort. Ruhiger denn je, können wir auf dessen Verlauf blicken und seine Abwickelung abwarten. — Maslaw.

Aus Nr. 50 des Kraj (Petersburg) vom 28. (15.) Dezember 1906:

Vor den Wahlen in Großpolen.

Die Vorbereitungen zu den Wahlen sind in vollem Gange. In jeder politischen Lage hätten die Reichstagswahlen für uns ein Ereignis ersten Ranges sein müssen — unter den gegenwärtigen Verhältnissen erhalten sie eine vollständige Ausnahmebedeutung. . . . .

Unser Verhältnis zur Regierung war vielleicht noch niemals so offen und klar, so frei von jeglicher Zurückhaltung, wie jetzt. Leider ist dies das Verteidigungsverhältnis eines Angegriffenen zu dem Angreifer. Aber dessen entschiedenen Charakter müssen wir im vorliegenden Falle als günstig bezeichnen. Wir geben uns keinen Täuschungen hin. Wir sind nicht unschlüssig, wir lavieren nicht einmal nach dieser, einmal nach jener Richtung. Wir wissen, daß die Regierung einen Frieden mit uns nicht will, daß sie uns einen Kampf auf Leben und Tod erklärt hat, und indem wir die unvermeidlichen Schlußfolgerungen dieser Tatsache annehmen, wappen wir uns unsererseits so, wie wir es verstehen. Vor allen Dingen wappnen wir uns in Solidarität. Und wir können dreist behaupten, daß es in der Geschichte Großpolens noch niemals eine Zeit gegeben habe, in welcher in unserer Gesellschaft ein derartiger innerer Zusammenschluß, eine derartige Fähigkeit zum einmütigen Handeln mit vereinten Kräften geherrscht hätte, wie in der gegenwärtigen. Parteiunterschiede sind vorhanden, aber sie treten nicht grell in die Erscheinung; wir können beinahe sagen, daß sie zur Zeit keine Rolle spielen. Der gemeinschaftliche Feind hat uns ausgesöhnt. Wir fühlen, daß sich unter unseren Augen grundsätzliche Dinge abspielen, daß es sich um das Fundament des nationalen Lebens, um unser „Sein oder Nichtsein" handelt. Aber dies ist zweifellos einer der glänzenden Beweise unserer Lebensfähigkeit, daß ein derartiger Augenblick es zuwege brachte, aus uns, den Erben des alten polnischen Individualismus, eine Seele und einen Leib zu machen. Wir gehen in allem geschlossen vor. Das ist heute das grundsätzliche Merkmal unseres Lebens, und dieses Merkmal wird auch sicherlich während der bevorstehenden Wahlen, denen wir denn auch mit vollster Ruhe entgegengehen, in die Erscheinung treten. Diese Wahlen werden wahrscheinlich nicht nur einen gewöhnlichen politischen Akt bilden, sondern auch eine Manifestation, eine Generalzählung unserer Nationalkräfte sein. Die Bilanz der polnischen Wählerkräfte ist diesmal auf einen größeren Zuschnitt denn je berechnet. Derartige Versuche fanden schon in früheren Zeiten statt und lieferten äußerst erfreuliche Ergebnisse. Wir konnten dabei verfolgen, wie herrlich das preußische System zu dem Wachstum des Nationalgefühls in unseren Volksschichten beiträgt. Während z. B. im Jahre 1898 die Wahlstatistik 256 000 polnische Wahlstimmen aufwies, stiegen diese fünf Jahre später, d. h. im Jahr 1903, auf 334 000 oder vermehrten sich um neunzigtausend.

Die polnischen Wahlorganisationen beabsichtigen diesmal, eigene Kandidaten nicht nur in allen Wahlbezirken der polnischen Landesteile, sondern auch im Herzen Deutschlands, wo nur mehr eine größere Anzahl von Polen lebt, aufzustellen. Wer weiß, ob nicht die auf diese Weise mobilisierten Stimmen eine halbe Million erreichen werden. Das wird keine leere Demonstration mehr sein. Die erreichte Ziffer kann zu einer Quelle des Mutes für alle für das Polentum Kämpfenden werden, sie wird mit dem mächtigsten Argument, welches das parlamentarische Leben kennt, beweisen, daß unsere Ausrottung eine Schimäre ist und sie wird der Wirksamkeit des Regierungssystems das fatalste Zeugnis ausstellen.

Bei der nächsten Wahlprobe jedoch werden nicht nur die polnischen Stimmen zunehmen, sondern auch die Anzahl der Mandate. Außer solchen Wahlbezirken, in welchen die polnischen Kandidaturen nur eine Manifestation und eine Losung für die Stimmenzählung sein werden (einige solche Wahlkreise werden wir in Westpreußen und Schlesien haben), mangelt es nicht an solchen, in denen wir die vollsten Chancen haben, zum erstenmal unsere eigenen Kandidaten durchzubringen. Dies wird in erster Linie auf Kosten des Zentrums geschehen, welches jedoch, von der Regierung und von Regierungsparteien selbst auf das heftigste angegriffen, uns gegenüber nicht wird feindlich auftreten können und nach einem Kompromiß mit den polnischen Wählern wird suchen müssen. Insbesondere wird es wahrscheinlich in Schlesien dazu kommen, daß wir der Zentrumspartei einige Wahlbezirke nehmen werden, die bis jetzt von den deutschen Katholiken vertreten waren, obwohl die polnische Bevölkerung dort die überwiegende Mehrheit bildete. Zu solchen Bezirken zählen: der Pleß-Rybniker, der Gleiwitzer und der Oppelner Bezirk; weniger sicher sind: der Cosel-Strehlitzer, der Ratiborer und der Neustädter Bezirk. In den drei ersteren Bezirken ist der Sieg sehr wahrscheinlich, und zwar so sehr, daß die Zentrumspartei jetzt schon mit ihrem Verlust rechnet. Bekanntlich hat Graf Ballestrem, welcher bis jetzt den Gleiwitzer Wahlbezirk im Reichstage vertrat, erklärt, daß er sich um die Kandidatur in diesem Bezirke nicht mehr bewerben werde, und eine gleiche Erklärung hat der Oppelner Abgeordnete, Major Szmala, abgegeben. Wenn es also gelingen sollte, die drei erwähnten Bezirke zu erobern und überdies die beiden schon früher gewonnen, nämlich den Kattowitzer (Abgeordneter Korfanty) und den Beuthener (Abgeordneter Napieralski), was zweifellos ist, zu behaupten, so würde Schlesien fünf Abgeordnete der polnischen Fraktion zuführen.

Große Aussichten sind ebenfalls vorhanden für die Gewinnung der drei westpreußischen Wahlbezirke (Thorn-Kulm, Löbau und Schwetz). Insofern unsere Hoffnungen in Erfüllung gehen, wird unsere polnische Fraktion in einer Stärke von 22 oder 23 Abgeordneten, anstatt 16, nach Berlin zurückkehren.

Aus Nr. 6 des Dziennik Narodowy (Chicago) vom 8. Januar 1907:

Die revolutionäre Sokolarmee in Großpolen.

Aus den Telegrammen haben unsere Leser bereits erfahren, welches Geschrei die Preußen in der ganzen Welt erhoben haben anläßlich des Prozesses, der den großpolnischen Sokols in Gnesen gemacht wurde, indem sie wibi et orbi verkündeten, daß diese eine 100 000 Mann zählende Armee zum Sturze Deutschlands gebildet hätten.

Die Staatsanwaltschaft erhob eine Reihe alarmierender Anklagen. Die von uns in der englischen Presse gelesenen Telegramme lauteten so, als ob Polen schon morgen zu den Waffen greifen würde.

Auf der Anklagebank saßen die Kameraden: Koscielski, Chrzanowski, Gladysz, Skoraczewski und 20 andere.

Die Rettung des Staates der Gottesfurcht hing, wie man aus diesem Telegramme annehmen konnte, davon ab, ob das Gericht in Gnesen den gefangenen Führern der polnischen Armee den Kopf vor die Füße legen würde oder nicht.

So war es am Freitag.

Am Sonnabend erfuhren wir aus den Telegrammen, daß die Geschworenen die Angeklagten völlig freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt hatten.

Homerisches Gelächter ertönte in der ganzen Welt. In der öffentlichen Meinung der Völker macht sich die Anschauung geltend, daß das einst mächtige Deutschland zur Rolle eines Hanswurst herabsinkt, dessen Hauptaufgabe es ist, in der durch Kummer niedergedrückten Welt Heiterkeit hervorzurufen.

Die Telegramme haben nicht ausführlich darüber berichtet, worum es sich eigentlich in diesem Prozeß

gehandelt hat. Es lohnt sich also, die Leser darüber zu informieren, worum es sich eigentlich handelte

Wir haben gerade die Novembernummer des Przewodnik Gimnastyczny Sokol aus Lemberg in der Hand und finden in ihm die mit Humor beschriebene Skizze des „Sturms auf Nowawies", nach welchem der Prozeß eingeleitet worden ist.

Wir lesen dort:

Es war Ende August 1906. Es war ein brennend heißer Tag, die Luft war still. Auf der langausgestreckten Chaussee marschierte in Unordnung die zweite Division der revolutionären Sokolarmee im preußischen Anteil. Die Division — der zweite Gau des Bundes — war geschwächt durch den langwierigen Kampf mit dem kräftigen und rücksichtslosen Gegner. Die Polizeibehörden hatten schon seit langer Zeit keine öffentlichen Übungen mehr gestattet.

Die Soldaten marschierten dennoch im Staube vorwärts, die Waffen — die Turnhemden, Beinkleider und Schuhe — eingewickelt tragend und kriegerische Lieder singend. Sie waren guten Mutes, weil sie in einer scheinbar unüberwindlichen Festung Schutz finden sollten. Der Besitzer von Nowawies, der Mitgefühl mit den kämpfenden Kameraden hatte empfunden, hatte sie eingeladen, im Garten vor Freunden und Bekannten gemeinsame Freiübungen und Gerätübungen vorzuführen.

Die Kameraden standen bald vor den Toren der Festung. Als man die Scharen einließ, achtete man darauf, daß sich kein Fremder einschleichen sollte. Sowohl das Tor als auch die neben diesem befindliche Pforte wurden verschlossen und weil einer der Festungsingenieure auf den hinter dem alten Viehstall stehenden alten Zaun, der sich schon sehr neigte, und dadurch das Eindringen in das Gehöft des Vorwerks erleichterte, aufmersam machte, wurden auch die Türen dieses Stalles verschlossen.

Die Geschütze waren bereits aufgefahren worden. Die Soldaten beschäftigten sich also nur mit dem Richten derselben und mit dem Ergreifen der Waffen.

Unter freiem Himmel, hinter blühenden Hollunder- und Jasminsträuchern, zwischen jungen Äpfel- und Birnbäumen standen schon Stangen und Geräte, vor einem alten, verwitterten Baum befand sich eine Estrade für den Vorturner, auf dem Rasen, der mit Stachelbeer- und Johannisbeersträuchern eingefaßt war, war schon der Turnplatz abgesteckt.

Ein Teil der Übenden richtete die aufgestellten Geräte aus, ein Teil zieht in einer hinter der Küche provisorisch aufgestellten Garderobe die Turneranzüge an, es ging lebhaft und heiter zu, bis in der glühenden Mittagssonne hinter dem Grün der dichten Sträucher, hinter dem Zaun und hinter dem Graben die goldenen Uniformknöpfe und die vergoldeten Helmteile aufblitzten.

Eine andere Abteilung verschwand hinter der Scheune. Mit Furcht erwartet die Besatzung einen Einfall an dieser Stelle, es fehlt nämlich eine Sprosse im Zaun; man stellt dort einen Posten auf.

Die auf das „internationale Recht" bauenden Idealisten machen jedoch darauf aufmerksam, daß doch die Festung auf diese Art nicht erobert werden könne. Es sei doch ein mit einem Zaun, einem Graben und einer Hecke eingezäumter Privatgarten; es sei doch nur eine Schaar von Freunden und Bekannten, eine Schar von Personen, die durch das enge Band der Zugehörigkeit zu einem Verein, der nicht jedem zugänglich sei, verbunden seien; auf diesem Gartenturnplatz mitten im Grünen solle doch die behende und flinke Jugend im Takte der Musik nur Rumpf- und Armübungen vornehmen, nur Wett- und Hochsprünge machen, sich stärken, Geräteübungen vornehmen, sowie auch Stabübungen; es sei doch weder eine öffentliche Versammlung, noch habe man die Absicht, öffentliche Angelegenheiten zu erörtern; die Behörde werde sich doch überzeugen, daß die Pforten geschlossen seien und werde sich durch den Augenschein überzeugen, daß die Turngeräte im Garten stehen und um sie herum Leute in weißen Turnerhemden; die Behörde werde doch sehen, daß die überaus vorsichtigen Sokols, um ein Ansammeln des Publikums auf der Chaussee zu verhüten, die Stellen von der aus der Turnplatz erblickt werden könnte, mit Plänen verhängt haben.

Die skeptischen Realisten, die mit der Kriegsgeschichte der Welt vertraut sind, erinnern jedoch an den nächtlichen Angriff der japanischen Flotte bei Port Arthur, der ohne Kriegserklärung erfolgt ist, sie erinnern an den Anklageakt in der Turnaffaire im Miloslawer Park auf der Wiese vor dem Denkmal des Julius! Sie erinnern, daß das Gesetz bei den Preußen . . . .

In diesem Augenblick erschallt im Garten das Kommando des Turnwarts der ersten Abteilung und gleichzeitig erscheint auf der anderen Seite vor den Toren des Gehöftes die ganze feindliche Armee, sechs große, breitschultrige, dicke Gendarmen, der Distriktskommissar in der Uniform eines Infanterieoffiziers und in Zivil der Anführer, ein Beamter der dritten, der politischen Abteilung der Polizei in Posen.

Es ist ganz klar, daß das ein Sturmangriff ist!

Auf die Aufforderung zu kapitulieren, wurde eine abschlägige Antwort erteilt.

Nach kurzer Zeit zeigte es sich, daß die Befürchtungen, der Feind würde über den Zaun durch die Hecke in den Garten eindringen grundlose waren, der Feind wählte den geraden Weg.

Die nervigen Fäuste der Gendarmen ergriffen die Pforte und rüttelten ein-, zwei-, dreimal an ihr.

Sie war nicht mehr neu, sie war schon morsch Ihr, der Behörde geleisteter Widerstand war deshalb auch nur schwach. Mit einem lauten Schrei — Krach lag sie mit zerrissenen, auseinandergestreuten Gliedern auf der Erde.

Keiner verwehrte jetzt das Eindringen, der Hof war leer.

Nur einige Gutsarbeiter blickten verwundert auf diese Art des Eintretens, nur einige Hühner und Enten flüchteten vor der jetzt den Hof schnell durcheilenden Abteilung nach allen Seiten. Der Anführer in Zivil an der Spitze, neben ihm der Kommissar in der Uniform eines Infanterieoffiziers und hinter diesen fünf oder sechs große, breitschultrige, dicke Gendarmen in grünen Uniformen. Sie betreten eiligst den Gang der zwischen dem Hollunder nach dem Garten führt. die Besatzung ist überrumpelt; ein Teil derselben in der Garderobe befindet sich nur im Hemde.

Die feindliche Armee kehrt nach dem Hofe zurück und bleibt vor dem Hause stehen.

Der Kommissar fordert den Besitzer auf, innerhalb fünf Minuten seine Gäste hinauszuweisen und der Besitzer wiederum fordert den Kommissar auf, sein Gehöft zu verlassen.

Irgend jemand bemüht sich, dem Anführer durch gesetzliche Argumente zu beweisen, daß das Eindringen und Auseinandertreiben gesetzwidrig ist, er erinnert ihn an das korrekte Verhalten der Behörden während des letzten Gautages in Posen, wo der Gauvorstand den Eintritt in den Garten nur den Mitgliedern der Sokolvereine und geladenen Gästen gestattete; erhält jedoch die Antwort, daß die Verhältnisse sich geändert hätten;

Die Antwort hierauf lautete, daß das Gesetz doch das gleiche geblieben wäre.

Hierauf erfolgte keine Antwort.

Der Kommissar erklärte inzwischen, das die Versammlung aufgelöst sei.

Welche und wo?

Vor dem Kommissar steht eine Gruppe junger Leute, die die Neugierde aus dem Garten herbeigelockt hatte; andere wieder befinden sich in der Garderobe, andere bei den Geräten, andere wieder gehen im Garten spazieren. Der Besitzer ladet die Gäste in das Gutshaus und ruft sie aus dem Garten.

Wenn sogar eine Versammlung unter freiem Himmel stattgefunden hätte, so wäre diese doch hiermit beendet gewesen.

Das Gutshaus füllt sich also an, es geht sehr fröhlich in ihm zu. Durch das geöffnete Fenster erschallt die Musik eines Phonographen; er spielt für die Gendarmen, die sich einstweilen unter die Terrasse des Hauses zurückgezogen haben, einen preußischen Marsch; der Besitzer bewirtet die Leute, es kreist der Becher, ein Teil der Gäste geht hinaus und steht auf der Terrasse vor der Eingangstür; manche setzen sich auf bereitstehende Stühle.

Der Kommissar ruft zum zweiten Mal, daß die Versammlung aufgelöst sei.

Wo und welche?

Etwa die im Gutshause? Einige Gäste gehen um ein mit Georginen und Astern bepflanztes großes Rundell spazieren, andere verlassen die Terrasse und gehen nach dem Gehöft. Die Zakopaner Axt eines der Gäste betrachtet der Kommissar als Waffe und mit einer Waffe darf man nach dem Gesetze nicht in eine Versammlung gehen. Unter dem schallenden Gelächter der Anwesenden läßt er ihn jedoch in Ruhe. Nach einer Weile macht er aber bekannt, daß er gezwungen sei, energische Mittel in Anwendung zu bringen und er gibt ein Zeichen.

Es soll also der Sturmangriff auf das letzte Fort beginnen, auf das Gutshaus selbst.

Die Gendarmen hüpfen die Stufen der Terrasse empor, dringen in das Gutshaus ein und vertreiben die Gäste. Auf einem bequemen Rohrstuhl sitzt auf der Veranda einer der gefährlichen Sokols. Ein Gendarm ergreift ihn an den Schultern und der Sokol findet sich einen Augenblick später vor den Stufen.

Die Faust eines Gendarmen stößt den Vorsitzenden der Sokols, er reißt ihn fort und beschreibt mit ihm einen Halbkreis. Der Kommissar ist so liebenswürdig, herbeizueilen und ihn als Abgeordneten zu befreien. Sogar der Besitzer bekommt in diesem Wirrwarr im eigenen Hause Stöße und die Dienstboten sagen, daß man auch ihn hinauswerfen wollte.

Mit der Behörde darf man keinen Faustkampf führen.

Es kommt also zur Kapitulation.

Man erhält ehrenvolle Bedingungen. Die Besatzung darf die Festung mit den Waffen in der Hand verlassen. Die Kameraden die bereits die Turnhemden angezogen haben, dürfen sich umziehen und sie mit sich nehmen. Es dauert aus diesem Grunde lange, bis man Nowawies verlassen hat. Es versammeln sich jetzt die durch den Sturmangriff auf das Gutshaus erschreckten Gutsarbeiter, Knechte und Mägde und sehen sich die auseinandergetriebenen und hinausgeworfenen Verbrecher an. Die Pforte ist aufgebrochen, also waren auch von der Chaussee einige neugierige Weiber hineingekommen. Die siegreiche Armee durchstreift inzwischen den ganzen Garten, durchsucht alle Ecken, schreibt alles auf, weist alles hinaus. Die hungrige Musikkapelle will nicht fortgehen; man läßt sie gnädigst bleiben. Abschied, ein Hochruf auf den gastfreien Wirt und nach einer Weile ist alles leer. Nur auf der Chaussee vor den Toren stand noch lange ein Gendarmerieposten.

Und nur der erstaunte Hahn fragt mit einem Blick auf die Eroberer: „Und wer ist denn das?"

Nur die Enten grüßen die Helden und sagen, indem sie die Besiegten beklatschen: „Tak, tak".

Der Epilog ist aus den Telegrammen bekannt.

Aus Nr. 8 des Dziennik Narodowy (Chicago) vom 10. Januar 1907:

Tod dem Zaren.

Chicago spendete gestern über 1000 Doll. zur Ermordung Nikolaus, des Zaren von Rußland. Diese Kontribution war das Ergebnis der Aufforderung des Führers der russischen Terroristen Gregor Gerszun, die er an mehr als 2000 Personen gerichtet hatte, die in der Orchesterhalle versammelt waren.

Im vergangenen Jahre habt ihr uns 6 000 000 Doll. gesandt, um unsere Brüder zu begraben, die Schlachtopfer der Grausamkeit des Tyrannen. In diesem Jahre flehe ich euch an eure Millionen dorthin zu senden, um Nikolaus II. ein Sterbehemde zu kaufen — so rief mit donnernder Stimme der Erzterrorist.

Kaum hatte er diese Worte gesprochen, als von allen Seiten des Saales Gelder einzugehen begannen. Der Redner mußte sich an das Publikum wenden mit der Bitte, sich bis zum Beginn der offiziellen Kollekte zu gedulden.

Gerszunow ist ein politischer Flüchtling aus Sibirien. Er sagte gestern: „Als ich nach Boston kam, zeigten mir die Vertreter der Presse ein Telegramm aus Rußland, welches besagte, daß ich hierher gekommen wäre, um Bomben für den Zaren Nikolaus II. zu fabrizieren. Ich antwortete ihnen, daß ich aus diesem Grunde hierher gekommen wäre. Ich werde mich bemühen, hier unter den Amerikanern solche moralische Bomben zu fabrizieren, daß sie die ganze Selbstherrschaft mit Nikolaus an der Spitze vernichten werden. Euch russischen Spitzeln, die ihr euch unter den Zuhörern befindet, sage ich: Fort von mir! Ich bin unter Amerikanern, ich fürchte euch nicht.

Gerszunow kündigte in seiner Rede an, daß das selbstherrliche Rußland in Kürze stürzen und aus den Trümmern die freie Republik entstehen würde. Das Abschlachten, von dem er gesprochen hätte, hätte nicht nur die Juden, sondern auch die Christen betroffen. Als die Bürger von Tomsk sich versammelt hätten, um das Zusammentreten der ersten Duma feierlich zu begehen, hätte die „schwarze Sotnia", aufgehetzt von dem Erzpriester dieser Provinz, den Versammlungssaal mit Strohbündeln und Pech umgeben und angezündet.

Die im Saale Versammelten seien sämtlich Christen gewesen — sagte Gerszunow. Als die Feuerwehr herbeigeeilt wäre, hätten die „schwarze Sotnia", die Polizei und das Militär ihr nicht erlaubt, mit der Rettungsaktion zu beginnen und als die Freunde der Bedrohten diesen aus dem Feuer helfen wollten, wären sie von den Soldaten erschossen worden. „Das einzige Rachemittel, das uns übrig geblieben ist, ist der Revolver, fünf Schüsse für die Feinde, der sechste für uns selbst."

Gerszunow beschwört die reichen Nationen, Rußland nicht mit Darlehen zu helfen. Das würde den Zaren zur schnelleren Unterwerfung zwingen. Die Sozialrevolutionäre, deren Mitglied Gerszunow ist, wollen keine Mörder sein, aber sie würden die russischen Beamten so lange morden, um die Tyrannei zu verringern und um der Büreaukratie eine Warnung zu erteilen.

Dieser russische Patriot und Revolutionär schilderte den General Pawlow, der gestern in Petersburg ermordet worden ist, als ein Ungeheuer.

„Pawlow war der schlimmste Tyrann in Rußland. Er hat Tausende von Personen zum Tode verurteilt und hat sich diebisch am Morden der Jünglinge und Frauen erfreut.

Merzbach'sche Buchdruckerei Posen.